

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10339** ab. Wer ist für den Antrag? – SPD-Fraktion, die Grünen und der Abgeordnete Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10252** ab. Wer ist für den Antrag? – SPD-Fraktion, die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10253** ab. Wer ist für den Antrag? – SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Grüne und Abgeordneter Sagel. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10254** ab. Wer ist für den Antrag? – SPD und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Grüne. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10337** ab. Wer ist für den Antrag? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, FDP-Fraktion. Wer enthält sich? – Abgeordneter Sagel. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10340** ab. Wer ist für den Antrag? – Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD-Fraktion. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10341** ab. Wer ist dafür? – Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD-Fraktion. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10342** ab. Wer ist für den Antrag? – Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD-Fraktion. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10255** ab. Wer ist für den Antrag? – SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – CDU, FDP und der Abgeordnete Sagel. Wer enthält sich? – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10256** ab. Wer ist für den Antrag? – SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Grüne und Herr Sagel. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10343** ab. Wer ist für den Antrag? – Grüne- und SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Herr Sagel. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der SPD **Drucksache 14/10257** ab. Wer ist dafür? – SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – CDU, FDP und Herr Sagel. Wer enthält sich? – Grüne. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10344** ab. Wer ist für den Antrag? – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD und Herr Sagel. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10345** ab. Wer ist für den Antrag? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD und Herr Sagel. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10346** – letzter Änderungsantrag! – ab. Wer ist für den Antrag? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD und Herr Sagel. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, nun stimmen wir über den Einzelplan 15 entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/10215** ab. Jetzt kann die Mehrheit der Koalitionsfraktionen einmal mit Ja stimmen – und alle anderen mit Nein.

(Allgemeine Heiterkeit)

Wer für diese Beschlussempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Der Rest des Hauses, also die SPD-Fraktion, die Grünen und der Abgeordnete Sagel. Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und der **Einzelplan 15 verabschiedet**.

Jetzt kommen wir zu:

Einzelplan 02 Ministerpräsident

Dieser Einzelplan umfasst die Teilbereiche „Staatskanzlei und Europa-Angelegenheiten“, „Kultur“ und „Medien“.

Ich weise darauf hin, dass es hierzu die Beschlussempfehlung und den Bericht des Hauptausschusses Drucksache 14/10202 gibt. Außerdem liegen Änderungsanträge der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Diese Änderungsanträge tragen die laufenden Nummern 50 bis 66.

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die Reihenfolge der Teilbereiche zu ändern und zuerst den Bereich Medien, danach den Bereich Kultur und erst dann den Bereich Staatskanzlei und Europa-Angelegenheiten zu beraten. Widerspricht dem jemand? – Das ist nicht der Fall.

Dann rufe ich jetzt auf:

Teilbereich Medien

Ich erteile für die SPD-Fraktion dem Abgeordneten Eumann das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Marc Jan Eumann (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren auf der Zuschauertribüne! Manche werden sich noch erinnern: Nordrhein-Westfalen war einmal das Medienland in der Republik. Nordrhein-Westfalen war das Land, in dem gute Ideen geboren wurden, die dann von anderen Ländern kopiert worden sind. Viele Länder sind zu uns gekommen und haben gefragt: Wie macht ihr das in Nordrhein-Westfalen denn? – Es bleibt dabei: Zu einem der erfolgreichsten Kapitel im Strukturwandel zählte die Entwicklung zum Medienland.

Leider, leider ist das nicht mehr der Fall. Der Haushalt des kommenden Jahres, den die Landesregierung mit Unterstützung der Koalitionsfraktionen durch die Beratungen gebracht hat, dokumentiert dies. Es ist wieder ein Haushalt, der keine schlüssige Antwort auf die Frage gibt, wie sich das Medienland Nordrhein-Westfalen aufstellt, um auf der einen Seite die Rahmenbedingungen für die Medien- und Telekommunikationsbranche zur Teilhabe an der gesamten Wertschöpfungskette zu sichern und auf der anderen Seite den schärfer werdenden Wettbewerb mit anderen Regionen nicht nur in Deutschland, aber auch in Deutschland zu bestehen.

Herr Minister, das Thema Mediencluster ist in diesem Zusammenhang ein schönes Beispiel. Es ist immer gut, wenn die Landesregierung nach Köln fährt, um zu lernen; denn dort sieht sie, wie gut die Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger war, bei der Kommunalwahl einen sozialdemokratischen Oberbürgermeister an die Spitze der Stadt zu wählen.

(Beifall von Hans-Theodor Peschkes [SPD])

Sie haben in Köln jetzt das Büro der Mediencluster NRW GmbH eröffnet. Sie haben einen extrem bürokratischen, extrem aufwendigen Wettbewerb geschaffen.

(Zuruf von Minister Andreas Krautscheid)

– Gelegentlich sollten Sie mit denjenigen reden, die sich mit Ihren Anträgen beschäftigen.

(Minister Andreas Krautscheid: Täglich!)

– Täglich ist schon hilfreich. Offensichtlich muss es aber noch mehr sein, Herr Minister. – Die Verfahren sind zu bürokratisch, und es kommt zu wenig dabei herum.

Jetzt statten Sie das zwar aus, nachdem Sie, mit Verlaub, in den letzten zwei Jahren an dieser Stelle relativ wenig Geld ausgegeben hatten, weil Sie offensichtlich nicht kreativ genug gewesen sind. Der eigentliche Vorwurf ist aber, dass Sie – obgleich es auch entsprechende Hinweise gegeben hat – die Marke, die wir haben und wegen der viele nach Nordrhein-Westfalen gekommen sind, nämlich die Filmstiftung NRW, nicht zu einem modernen, schlagkräftigen, integrierten Förderinstrument aufbauen. Was machen Sie? Sie schaffen ein Leuchtturm-Cluster hier und ein Leuchtturm-Cluster dort, anstatt tatsächlich das zu tun, worüber Sie gelegentlich reden, das Sie aber eben nicht praktizieren, nämlich die Stärken zu stärken.

(Beifall von Hans-Theodor Peschkes [SPD] und Oliver Keymis [GRÜNE])

Die Filmstiftung NRW ist ein Pfund, mit dem wir wuchern können. Deswegen wäre es richtig gewesen, wenn Sie das, was Sie jetzt im Clustermanagement machen, im Hinblick auf die Filmstiftung auf den Weg gebracht hätten. Schauen Sie sich einmal das Medienboard Berlin-Brandenburg an. Die interessanten Dinge, die sich neu entwickeln – Stichwort: Games; da gibt es ja gar keinen Dissens –, kann man dort integrieren. Man kann auf dieser Marke aufbauen. Sie bauen nicht auf Marken auf, sondern schaffen einen Leuchtturm und etikettieren das als Cluster. Dies halten wir für den falschen Weg. Deswegen schlagen wir auch vor, die Mittel für die Filmstiftung NRW weiter zu erhöhen.

Lassen Sie mich noch ein zweites Beispiel nennen. In diesem Zusammenhang ist das, was Sie in Ihrem Haushaltsplan selbst geschrieben haben, in der Tat entlarvend. Ich zitiere:

Medien selbstbestimmt, verantwortungsbewusst, effizient und zielgerichtet einzusetzen, ist notwendige Qualifikation in unserer Gesellschaft und ein Erfolgsfaktor für nachhaltiges Wachstum. Die Förderung von Medienkompetenz darf sich nicht beschränken auf bestimmte gesellschaftliche Bereiche wie schulische Bildung, allgemeine Weiterbildung und betriebliche IT-Qualifizierung. Sie fordert die bereichsübergreifende Vernetzung unterschiedlicher Aktivitäten und Akteure aus Bildung, Wirtschaft und Kultur. Die Medienkompetenzförderung ist eine gesellschaftliche und auch eine ressortübergreifende Querschnittsaufgabe.

So weit Ihre Erläuterungen zu Titelgruppe 60. – Beim Lesen dieser Erläuterungen glaubt man doch, Sie hätten erkannt, dass Medienkompetenz ein wichtiges Thema ist. Aber was machen Sie? Sie

kürzen beim Thema Medienkompetenz, Herr Krautscheid.

(Minister Andreas Krautscheid schüttelt den Kopf. – Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Das sind die üblichen Reflexe!)

Sie kürzen beim Thema Medienkompetenz. Sie haben einfach die Begründung des letzten Jahres fortgeschrieben und haben nicht darüber nachgedacht. Diese Kürzung halten wir für das falsche Signal. Lieber Herr Kollege Schick und lieber Herr Kollege Hegemann, sie fügt sich auch in die Kette ein. Herr Minister, ich weiß noch, wie einer Ihrer zahllosen Vorgänger glühend argumentiert hat: Der Tag der Medienkompetenz ist old fashioned; warten Sie einmal ab, wir sind die großen Innovatoren und machen jetzt etwas ganz Tolles. – Also haben Sie den „Tag der Medienkompetenz“ abgeschafft und was Großes angekündigt. – Mein Gott, das Große ist gar nicht gekommen. Sie sind Ankündigungsweltmeister und kürzen jetzt auch noch im Bereich Medienkompetenz.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, das reicht nicht für eine erfolgreiche Medienpolitik in Nordrhein-Westfalen.

Ich weiß, wir werden heute Abend auch versöhnlichere Töne anstimmen, aber mehr war bei Ihrem Haushaltsentwurf nicht drin.

(Ralf Witzel [FDP]: Och!)

Gelegentlich muss es auch hart und gerecht zugehen.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Das war doch versöhnlich, Herr Kollege!)

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Eumann. Sie haben damit ein gutes Signal gesandt, nämlich die Redezeit nicht voll auszuschöpfen, sondern auf ein paar Minuten zu verzichten. Angesichts einer Tagesordnung, die bis weit nach Mitternacht geht, ist das ein wunderbares Beispiel.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Zumal ich um Mitternacht noch einmal sprechen werde!)

Herr Kollege Schick, Sie haben jetzt die Chance, ebenso zu verfahren. Bitte schön.

Thorsten Schick (CDU): Herr Präsident, ich werde mir zumindest Mühe geben. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wie nicht anders zu erwarten war, hat der Kollege Eumann wieder einmal Schwarz-Weiß-Malerei betrieben: Früher war alles gut. Heute ist alles schlecht. – Wer das behauptet, der ignoriert allerdings die Fakten.

Da sich die Legislaturperiode dem Ende nähert, ist auch mir gestattet, ein wenig zurückzublicken. Man kann das Ergebnis der Regierungsarbeit und damit auch der sie tragenden Fraktionen wie folgt zusammenfassen: Der gute Medien- und Telekommunikationsstandort Nordrhein-Westfalen ist ein noch besserer geworden, und das kann man auch anhand von Zahlen belegen: Heute sind rund 63.000 Medienunternehmen in Nordrhein-Westfalen ansässig. 40 Zeitungsverlage bringen 42 Tageszeitungen heraus, und rund ein Drittel aller in Deutschland produzierten TV-Minuten wird in Nordrhein-Westfalen erstellt.

Ein besonderes Merkmal des Medienstandorts Nordrhein-Westfalen ist, dass wir über mehrere innovative Zentren verfügen. Das Ruhrgebiet ist vor allem Heimat der IT- und Softwareentwicklung. Düsseldorf zeichnet sich vor allem durch namhafte Telekommunikations- und Werbeunternehmen aus, und Köln steht ganz klar für Film-, Funk- und Fernsehproduktionen.

Die Medienbranche sowie die Informations- und Technologiebranche sind ein gewaltiger Wirtschaftsfaktor für Nordrhein-Westfalen. Insgesamt sind in dieser Branche fast 330.000 fest angestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Hinzu kommt, dass gerade in der Medien- und Kommunikationsbranche überdurchschnittlich viele Freiberufliche tätig sind. Der Beschäftigungseffekt ist also um ein Wesentliches höher.

Es ist daher richtig und wichtig, diese Bereiche zu stärken und innovative Ideen zu fördern. Das passiert ganz ausdrücklich, auch wenn das gerade anders dargestellt worden ist. Aus diesem Grund freue ich mich, dass in dieser Woche die neue Standortagentur für medienübergreifende Zusammenarbeit in Nordrhein-Westfalen in Köln gestartet ist. Das „Mediencluster NRW“ ist ein wichtiger Baustein für den Medienstandort Nordrhein-Westfalen. Gerade weil so viele unterschiedliche Stärken vorhanden sind, ist es wichtig, diese an einer Stelle zu bündeln und überall dort crossmediale Verknüpfungen zu schaffen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Aber das tun Sie gerade nicht!)

Hier ist ein solcher Anlaufpunkt geschaffen worden.

Dieses konkrete Handeln ist übrigens eine wohlthuende Unterscheidung unserer Politik von dem, was Sie, lieber Herr Eumann, vor der Regierungsübernahme durch uns in der Vergangenheit an den Tag gelegt haben. Bei Ihnen wurde mehr geredet, und dass Sie immer noch ein Anhänger dieses Politikstils sind, zeigte sich mir auch, als ich vorhin den Entschließungsantrag zum 13. Rundfunkänderungsgesetz durchgelesen habe. Mit Krokodilstränen wird dort wieder einmal die Abschaffung des Medienrates und der Medienversammlung beweint.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Sie sind Weltmeister im Abschaffen!)

Diese beiden Gremien haben den Medienstandort Nordrhein-Westfalen mit konkreten Projekten keinen Millimeter vorangebracht.

(Lothar Hegemann [CDU]: Sehr richtig!)

Das ist keine exklusive Meinung, die wir haben, sondern das ist eine Meinung, die Sie in der Branche an vielen Ecken und Enden finden.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das sind dunkle Ecken!)

Zudem wird kritisch von der Opposition angemerkt – das haben Sie gerade wieder getan –, dass die Initiativen der Clusterpolitik viel zu breit angelegt sind und nicht nur die traditionellen Medienbereiche im Vordergrund stehen. Auch diese Kritik ist falsch.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Man muss sich auch den Branchen widmen, die vielleicht noch in den Kinderschuhen stecken. Betrachtet man beispielsweise die Anfänge des privaten Fernsehens oder den Start der ersten mobilen Telekommunikationsanbieter, dann wird man feststellen, dass diese Unternehmen nicht als Giganten auf den Markt gekommen sind. Vielmehr haben sie sich durch stetes, kontinuierliches, aber sich dann auch beschleunigendes Wachstum zu dem entwickelt, was sie sind. Man muss deswegen in Nordrhein-Westfalen frühzeitig Branchen platzieren, die Wachstumspotenzial haben. Denn dann, wenn diese Unternehmen hier Fuß gefasst haben, kommen weitere Unternehmen, weil sich die Branche hier in Nordrhein-Westfalen einen Namen gemacht hat.

Aus diesem Grund war es auch ein großer Erfolg, dass mit der gamescom 2009 die größte europäische Computermesse hier in Köln stattgefunden hat. Ausdrücklich ist zu begrüßen, dass das „Mediencluster NRW“ auch die internationale Standortpolitik ins Auge nimmt und für die Ansiedlung weiterer Medienunternehmen wirbt. Wir haben hier ausgezeichnete Strukturen. Wir müssen das nur noch in besserem Maße kommunizieren.

Durch ihre Politik handelt die Landesregierung konkret. Der Gesamtansatz des Medienkapitels im Einzelplan 02 ist gegenüber 2009 um knapp 700.000 € angehoben worden.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Aber immer noch weniger als 2005!)

Im Rahmen der gerade schon hervorgehobenen Clusterpolitik wird dieser Anstieg insbesondere – das haben Sie erfreulicherweise erwähnt – für die Durchführung des zweiten Förderprogramms Medien.NRW und des Förderwettbewerbs IKT.NRW verwendet.

Des Weiteren gibt es Steigerungen bei der internationalen Filmschule in Köln und für die Filmstiftung Nordrhein-Westfalen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Aber immer noch weniger als 2005!)

Dass die Erhöhung des Gesamtansatzes etwas niedriger ausfällt als in den vergangenen Jahren, begründet sich überwiegend durch die Straffung der Förderung zur Durchführung des medienforum.nrw. Aber ich denke, mit einem neuen Konzept, das zusätzliche Förderer und Sponsoren ansprechen kann, wird es gelingen, die Qualität an dieser Stelle gleich hoch zu halten.

Einen letzten großen Schwerpunkt unserer Arbeit werden wir heute am späten Abend zum guten Ende führen. Mit dem 13. Rundfunkänderungsgesetz ermöglichen wir Verlegern weitere Entwicklungsmöglichkeiten und sorgen dafür, dass die hohe journalistische Qualität auch in Zukunft hier in Nordrhein-Westfalen aufrechterhalten werden kann.

Abschließend sei gesagt: Die Medienpolitik in Nordrhein-Westfalen verdient – anders, als Sie das einschätzen, Herr Eumann – sehr gute Noten. Ihre Änderungsanträge werden wir daher ablehnen. Denjenigen, die gleich in Richtung Rheinterrassen entschwinden, um den Vorsitz im Rundfunkrat zu bestimmen, darf ich ein glückliches Händchen wünschen. Ich hoffe, dass sie zu einer guten Entscheidung kommen. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Schick. – Für die FDP spricht nun der Kollege Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jan Eumann hat hier gesagt, angesichts des Haushaltsplans, der vorliege, müsse man eine harte Auseinandersetzung führen. Ich würde Sie, Herr Eumann, bitten: Lassen Sie uns das hart, aber fair machen. Ich glaube, es wäre ein guter Anspruch, der uns gut zu Gesicht stehen würde, wenn Sie auch anerkennen würden, welche wichtigen Punkte in den Haushaltsansätzen und in der Entwicklung der letzten Jahre enthalten sind.

Ich glaube, wir sind uns alle dessen bewusst, dass der Presse- und Medienbereich in den nächsten Jahren Veränderungsprozessen unterworfen sein wird, wie das in den letzten Jahren nicht in diesem Umfang der Fall war. Nicht mehr die Knappheit der Übertragungswege, sondern eher die nahezu unendliche Weite der neuen Möglichkeiten, neue Angebote und das veränderte Nutzerverhalten beflügeln den derzeit stattfindenden Umbruch in der NRW-Medienlandschaft. Gerade die Politik muss aus der Verantwortung des Landes heraus ein Inte-

resse daran haben, dass viele unabhängige Medien und Zeitungen mit einem möglichst hohen Informations- und Nachrichtenanteil und hoher Glaubwürdigkeit künftig am Markt bestehen bleiben können.

Anders als die SPD wollen deshalb FDP und CDU hierzu den Unternehmen verbesserte Rahmenbedingungen am Medienstandort Nordrhein-Westfalen anbieten. Die FDP steht hinter und zu dem Medium Zeitung und zu vielen Verlagen im Zeitungsland Nordrhein-Westfalen.

Zeitungsverleger sind auf der Suche nach tragfähigen Finanzierungskonzepten für ihre bisweilen kostenlosen Angebote im Internet. Denn in der Tat ist das eine Problematik, mit der man neuerdings zu kämpfen hat. Alle die Schüler, Studenten, Medienutzer in jüngeren Alterszielgruppen bis zum Lebensalter von 40, die bereits viele Angebote online konsumiert haben, sehen immer weniger ein, warum sie am nächsten Tag für das Printprodukt noch zahlen sollen. Uns liegt sehr am Erhalt von Qualitätsjournalismus. Wir müssen deshalb für die Zeitungsverlage die Ertragsbasis verbessern. Deshalb glaube ich, mit den Punkten auf der Tagesordnung, die wir auch zu fortgeschrittener Zeit noch näher beleuchten, haben wir zukunftsweisende Ansätze, um den Medienstandort NRW entsprechend zu stärken.

(Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

Wir haben natürlich für den Auftrag der kulturellen Funktion die Zeitung. Aber auch für die journalistische Kontrolle, die in unseren Staatsorganisationen stattfindet, müssen wir zukünftig ein Interesse an leistungsfähigen Medien haben. Ich meine das ausdrücklich nicht als In-Aussicht-Stellung von Subventionen, aber von der Zielbeschreibung her sollten sich alle Fraktionen einig sein. Wir brauchen auch zukünftig tagesaktuelle Informationen in Papierform, als Zeitung in entsprechender Qualität und Quantität der journalistischen Versorgung in Nordrhein-Westfalen.

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Witzel, Herr Eumann hat eine Frage. Würden Sie die beantworten wollen?

Ralf Witzel (FDP): Herrn Eumann beantworte ich immer gerne alle Fragen.

Präsidentin Regina van Dinter: Dann machen wir das mal.

Ralf Witzel (FDP): Ich habe keine Geheimnisse vor Herrn Eumann.

Marc Jan Eumann (SPD): Herzlichen Dank, Herr Witzel. Sie haben gerade gesagt – ich hoffe, Sie

erinnern sich noch –, dass das keine Subvention der Presse bedeutet. Können Sie mir bitte die Erläuterung zu Titel 683 00 im Rahmen Clustermedien beschreiben. Dort steht ausweislich der Erläuterungen der Landesregierung: „Mehr zur Unterstützung der Pressewirtschaft“.

Ralf Witzel (FDP): Ich muss gestehen, ich habe diese konkrete Haushaltsziffer, die Sie nennen, jetzt nicht vorliegen, sodass ich Ihnen die Erläuterung des Haushaltsbandes dazu darstellen könnte.

Wir haben uns entschlossen, die Ansätze, die dem Standort helfen, über einen marktwirtschaftlich-wettbewerblichen Weg zu machen. Dass man Best-Practice-Fälle unterstützt, dass man die Marktkräfte am Medienstandort Nordrhein-Westfalen stärkt und stabilisiert – das sind Titel und Aufgaben, die wir vorgesehen haben. Es ist auch in anderen Einzelplänen entsprechend der Fall, dass wir sagen: Wir wollen keine Erhaltungssubventionen für bestimmte Produkte, für bestimmte Anbieter zahlen, aber wenn es darum geht, allgemeines Know-how, Konzepte, Erkenntnisse für den Medienstandort Nordrhein-Westfalen zur Stärkung einer zukünftigen Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit zu mobilisieren, machen wir das. Das ist der eine Teil auf Ihre Antwort, vorbehaltlich dass wir beide gerne noch gemeinsam in diesen konkreten Haushaltstitel hineinschauen.

Zum Zweiten möchte ich Ihnen auf Ihre Frage antworten: Die Debatte, die wir hier für das LMG zu § 33 geführt haben, bedeutet auch keine Subvention. Wir wollen Verlagen in Nordrhein-Westfalen ausdrücklich zu einer besseren, verbreiterten Ertragsbasis verhelfen und deshalb auch im lokalen und regionalen Bewegtbildmarkt neue Marktbetätigungsmöglichkeiten einräumen. Auch das werden Sie sicherlich nicht unter dem Titel „Subvention“ subsumieren können.

Aber ich beziehe gern Stellung zu den unmittelbar haushaltsrelevanten Fragestellungen, die uns hier betreffen.

Ich darf darauf hinweisen, dass wir als Koalitionsfraktionen im Laufe dieses Jahres einen Antrag zu Top-Level-Domains „.nrw“ auf den Weg gebracht haben. Wir haben gesagt, wir wollen Möglichkeiten für Bürger und Unternehmen in Nordrhein-Westfalen eröffnen, hier neue Domains zu schaffen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Gegen den Städtetag! Gegen den Städte- und Gemeindebund!)

– Ja, es gab eine heterogene Sichtweise von organisierten Interessen, Herr Eumann. Sie wissen, es gab Zuschriften aus der Wirtschaft, die das außerordentlich begrüßt und gesagt haben: Da gibt es zukünftig Potenziale, wo wir uns ökonomisch verbreitern können. Da entstehen neue Arbeitsplät-

ze. Da gibt es ein Interesse am Markt, was entsprechend artikuliert wird.

Genauso haben Sie darauf hingewiesen, dass es auch kritische Einwände gab, ob das die Übersichtlichkeit und Auffindbarkeit am Markt erhöht. Aber man sollte der Fairness halber sagen: Beides war vorhanden.

Weil wir hier über haushaltsrelevante Fragestellungen sprechen, sage ich Ihnen: Das ist natürlich auch eine finanzwirksame Quelle für das Land, wenn wir hier zu Top-Level-Domains mit „.nrw“-Kennzeichnung kommen.

Andere Bundesländer wie Bayern und Berlin – ich habe darauf verwiesen – haben auch Interesse an entsprechenden Entscheidungen von ICANN. Das ist sicherlich Potenzial, was uns zukünftig für den Medienstandort die Möglichkeit bietet, weitere Arbeitsplätze zu schaffen, aber natürlich auch in der Vermarktung, gerne auch getragen durch eine privatwirtschaftlich organisierte Domain-Verwaltung, zukünftige Einnahmen in Nordrhein-Westfalen zu generieren. Allein 2,7 Millionen der heutigen URL-Registrierungen „.de“ stammen aus Nordrhein-Westfalen.

Gerade wenn in anderen Bereichen ökonomische Quellen wegfallen, zum Beispiel beim Glücksspielstaatsvertrag, und wir eine Kompensation für die Destinatäre suchen – für politisch wichtige Zwecke, bei Kunststiftung, LandesSportBund und anderen gemeinnützigen Empfängern –, wäre das sicherlich ein Weg, über den man noch einmal gemeinsam beraten sollte.

Der nächste haushaltswirksame Punkt ist das Medienforum. Auch darüber haben wir in dieser Legislaturperiode diskutiert und über eine qualitative Aufwertung gesprochen. Wir sehen mit Freude, dass es vonseiten der Landesregierung Ansätze gibt, zukünftig mit nötigem Kostenbewusstsein ohne Qualitätsverlust

(Marc Jan Eumann [SPD]: Aber das glauben Sie doch selber nicht!)

Angebote zu ermöglichen, obwohl gleichzeitig weniger öffentliche Mittel aufgewandt werden.

Sie haben dem Haushaltsplan entnommen, dass die Filmschule Köln mehr Geld erhält, um insbesondere neue Studienangebote wie den Studiengang Kamera finanzieren zu können.

Mein Kollege Schick hat darauf hingewiesen, dass es neu in Nordrhein-Westfalen die gamescom als moderne Spielemesse gibt, die erstmals in Köln stattgefunden hat. Sie war mit über einer Viertelmillion Besuchern ein voller Erfolg und ein Zeichen für einen modernen Medienstandort Nordrhein-Westfalen.

Ich darf zudem auf die Ausschreibungen zu Mediencluster-Wettbewerben verweisen. Auch das ist

haushaltswirksam und steht teilweise im Querverbund mit anderen Einzeltiteln. Die Clusterstrategie zur Stärkung des Medienstandorts wird sich in den nächsten Jahren in der politischen Gestaltung Nordrhein-Westfalens ganz unmittelbar bemerkbar machen.

Sie kennen unsere Anstrengungen bei der infrastrukturellen Verbesserung beim Breitband. Das ist uns ein Anliegen gewesen und wird uns auch zukünftig begleiten. Das gilt insbesondere für den Ausbau in der ländlichen Fläche.

Haushaltswirksam ist ebenfalls die Debatte um den 13. Rundfunkänderungsstaatsvertrag, wenn sie auch nicht in diesem Einzelplan abgebildet wird, weil sie erst mit zukünftigen Staatsverträgen auf uns zukommt. Das gilt vor allem für die Debatte über die Zukunft der Rundfunkgebühr. Es geht um die Diskussion, wie gerätebezogen sie künftig noch sein soll.

Sie kennen die Auffassung der FDP-Landtagsfraktion: Wir setzen uns für eine Umstellung ein. Wir wollen weg von dem heutigen Gerätebezug und stattdessen hin zu einer individuellen Abgabe, die sachgerechter an der tatsächliche Inanspruchnahme anknüpft, für eine gerechtere Verteilung der Aufwendungen sorgt und unter dem Strich natürlich auch eine Chance für eine Entlastung von Bürgern und Unternehmen ist, weil sie heute bestehende ungerechte Mehrfachbelastungen vermeidet.

Haushaltsberatungen sind zum Teil immer auch politische Beratungen. Deshalb will ich natürlich auch das aktuelle Thema des Tages ansprechen, nämlich die Frage der Einflussnahme von Politik auf Medien und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die Staatsferne bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten.

(Carina Gödecke [SPD]: Jetzt bin ich mal gespannt!)

Medien und Presse sollen die Politik kontrollieren – dies ist immer die Auffassung der FDP-Landtagsfraktion gewesen – und nicht die Politiker die Medien.

(Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD] – Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Deshalb gebietet sich auch eine entsprechende Zurückhaltung und Enthaltensamkeit für die Politik in Bezug auf die Medieninteressen. Wenn ich mir die Debatte der letzten Tage gerade von Rot-Grün anschau, mahne ich Sie zur Vorsicht.

Kurt Beck ist Vorsitzender des ZDF-Verwaltungsrats. Die SPD ist über ihre Medienholding DDVG auch in Nordrhein-Westfalen an zahlreichen Zeitungen und Zeitschriften beteiligt.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Und an Radiostationen, nicht zu vergessen!)

Im Treuhand-Aufsichtsrat, der die SPD-Generaltreuhänderin in den wirtschaftlichen Grundsatzfra-

gen des Unternehmens- und Liegenschaftsbereichs berät, sitzt die SPD-Fraktionsvorsitzende Hannelore Kraft. Die bekannten Beteiligungen der SPD sind auch im Zeitungsmarkt hinreichend offenkundig bis hin zu modernen Produkten wie die Beteiligung an „ÖKO-TEST“ zu fast zwei Dritteln oder 40 % an der „Frankfurter Rundschau“ oder dem „Hit Radio FFH“. Sie sind an dieser Stelle alles andere als enthalten.

Die Vorsitzende der NRW-Medienkommission ist zugleich Justiziarin und damit auch weisungsgebundene Angestellte der GRÜNEN-Landtagsfraktion.

(Lachen von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Überall dort gibt es Querverbindungen. Die Frage, wie sehr die Gremienbesetzung von politischer Neutralität geprägt ist,

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

können Sie sicherlich an anderer Stelle beantworten.

Insbesondere aber die SPD mit der DDVG sollte einen Aufklärungsbeitrag leisten. Ausweislich Ihrer letzten Geschäftsberichte sind Sie ökonomisch schon erfolgreich. Das muss man anerkennen. Sie haben es in den letzten Jahren tatsächlich geschafft – große Anerkennung eines Freundes der liberalen Wirtschaft.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Immerhin!)

Rund 10 Millionen € macht das immerhin als Einnahmeposition in den letzten Haushalten und letzten Endes mittelbar auch für die SPD in ihren Kassen aus. Das muss man anerkennen.

Aber man muss aus medienpolitischer Sicht auch die Gefahr im Blick haben, weil die SPD-Medienholding DDVG sich natürlich auch inhaltlich einbringt. Denken Sie an die Berichterstattung des „FOCUS“, an den Artikel vom 13. Juli 2009, Ausgabe 29. Danach sind Schreiben aufgetaucht, nach denen ganz unmittelbar auch bei Minderheitsbeteiligungen durch die SPD-Medienholding klar Einfluss auf die Besetzung von Chefredakteurspositionen genommen worden ist, aus denen Mitspracherechte abgeleitet worden sind.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Das hat mit Berufung auf § 4 des Gesellschaftsvertrags der DDVG der Geschäftsführer Jens Berendsen vorgetragen. Deshalb glaube ich: In der tagesaktuellen Debatte, die wir hier führen, sind Sie gut beraten, nicht mit großen Ziegelsteinen zu werfen, wenn Sie im Glashaus sitzen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Der Einzige, der mit Ziegelsteinen wirft, sind Sie, Herr Kollege!)

– Auch keine Pflastersteine, Herr Eumann.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Witzel aus dem Möllemann-Glashaus!)

Wir werden uns heute Abend zusammenfinden zur Konstituierung des neuen WDR-Rundfunkrates. Da nehmen wir uns vor, uns frei von parteipolitischen Interessen und politischer Beeinflussung vor allem im Interesse der Gebührenzahler und der Nutzer, der Kunden in Nordrhein-Westfalen, mitverantwortlich zu sehen für ein gutes Programm, das vor allem – das muss unser Anliegen für die Rechtfertigung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sein – Qualitätsstandards bietet,

(Marc Jan Eumann [SPD]: Wie lange darf der denn reden?)

die man in einem rein marktwirtschaftlichen Prozess nicht automatisch von jedem Anbieter erwarten kann. Das ist die Legitimationsvoraussetzung für Aktivitäten der öffentlichen Hand, für öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dass es hier klare Qualitätsmaßstäbe gibt, die es im reinen Marktprozess ansonsten nicht gibt.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Ich habe nicht vier Minuten weniger gesprochen, damit er zehn Minuten lang redet!)

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Witzel, Ihre Redezeit!

Ralf Witzel (FDP): Ich würde mich sehr freuen, Herr Eumann, wenn Sie uns bei diesen Ansätzen der Qualitätsoffensive begleiten. Das ist die Aufgabe des Programms, und nicht eine unfaire Onlinekonkurrenz mit privaten Medien. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Witzel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Kollege Keymis das Wort.

Oliver Keymis (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das war die politische Grundsatzrede des Kollegen der FDP-Fraktion. Noch einmal vielen Dank, Herr Witzel, für diesen Rundumschlag, der sicher viele Leute sehr begeistern wird, der aber im Grunde mit dem Haushalt nicht wesentlich viel zu tun hatte.

Sie haben recht, es ist die Stunde, in der man allgemein über politische Zusammenhänge des jeweiligen Fachgebietes spricht. Ich will gerne zu dem Thema, das Sie zuletzt angesprochen haben, auch einen Satz beitragen. Es wundert mich schon, dass wir, wenn Sie alles so harsch kritisieren, was um Herrn Brender herum durch die Einflussnahme von Herrn Koch passiert ist – das wundert mich bei anderen allerdings auch –, hier dann nicht stärker

gemeinsam auf eine entsprechende Normenkontrollklage drängen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Die FDP ist doch mit in der Koalition!)

In einem solchen Verfahren könnten wir deutlich machen, dass möglicherweise in der Konstruktion des ZDF-Staatsvertrages von Beginn an ein Fehler liegt, den man mit etwas mehr Bewusstsein für Staatsferne auszubügeln hätte.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Die FDP ist doch mit Koch in der Koalition! – Ralf Witzel [FDP]: Das will die SPD doch selber nicht!)

– Die FDP hat in der Koalition dazu jedenfalls keinen Beitrag geleistet, Herr Witzel – jedenfalls für mich nicht hör- oder erkennbar –, um diese Situation abzuwenden. Die Situation war deshalb so besonders aufreibend für viele – nicht für uns, aber für diejenigen, die direkt betroffen waren –, weil immerhin der Intendant sich klar für die Verlängerung des Vertrages seines Chefredakteurs ausgesprochen hat. Man muss sich schon darüber im Klaren sein, dass hier auf politischen Druck hin eine an sich klare Personalentscheidung verändert worden ist. Das stimmt natürlich bedenklich, und deshalb haben 35 Verfassungsrechtlerinnen und Verfassungsrechtler ja auch deutlich gemacht, dass sie da wirklich die Rundfunkfreiheit nach Artikel 5 unseres Grundgesetzes in Gefahr sehen. Wir sollten es schon gemeinsam ernst nehmen, wenn solche Mahnungen gedruckt und verbreitet werden.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Zum Medienetat will ich gar nicht viele Worte verlieren, Herr Medienminister. Mir fehlen im Grunde drei ganz entscheidende Punkte, die zwar alle irgendwie angesprochen worden sind, aber im Grunde nicht mit der nötigen Verve vorangetrieben werden. Es fehlt die große Offensive „Breitband für ganz NRW“. Es fehlt die große Offensive „Medienkompetenz in Nordrhein-Westfalen“. Es fehlt eine große Offensive im Hinblick auf die Frage: Wie können wir diesen Standort stärken? – Ich finde die Lösung in Köln, ehrlich gesagt, etwas kleinkariert. Da waren wir mit der NRW Medien GmbH eigentlich schon einmal weiter. Dieses „Back to the Roots“ ohne die Roots dann wirklich aufzunehmen, bringt aus meiner Sicht nur bedingt etwas.

Ich finde es schade, dass Sie das Thema Filmförderung – die hat sich in den vergangenen Jahren ja gut aufgestellt – nicht nach vorne stellen; Kollege Eumann hat schon darauf hingewiesen. Man hat schon den Eindruck, dass der Medienhaushalt eigentlich kein Etat ist, mit dem Aufbruch signalisiert wird, mit dem das Medienland NRW, so wie es an sich aufgestellt ist, wirklich gestärkt und nach vorne getragen wird. Der Medienhaushalt ist eher aufgestellt nach dem Motto „Wir verwalten das, was da ist, mal weiter“, aber eine richtig neue Idee gibt es nicht.

Die guten alten Projekte – darauf wurde eben schon hingewiesen worden, Herr Minister Krautscheid – sind leider nach wie vor abgeschafft. Ich nenne als Beispiele die Medienkompetenztage und den Medienrat, sozusagen eine Art Binnenkontrolle der Politik, die ein Stück mehr dafür sorgen, dass man gemeinsam im Gespräch bleibt. All das findet gar nicht statt, und deshalb ist letztlich der medienpolitische Ansatz dieser Regierung lange nicht mehr so erkennbar, wie er das in früheren Zeiten bei anderen Regierungen schon einmal war.

Der nächste Punkt, der einen beschäftigen muss – ich habe es übrigens gelesen, und ich habe es auch bedauert –, ist die Kürzung der Mittel für das Medienforum, die nicht zu einer Stärkung des Medienstandortes beiträgt.

Als einen richtigen Erfolg konnten Sie verbuchen, dass die „gamescom“ nach Köln gekommen ist. Aber daraus müsste jetzt eine offensive Auseinandersetzung mit den jungen Menschen, die diese Computerspiele spielen, folgen. Dazu gibt es allerdings keinerlei Initiativen, zumindest ist nichts erkennbar, was in die richtige Richtung geht. Vielleicht können Sie, Herr Minister, dazu gleich einen aufklärenden Beitrag leisten. Aus den Etatansätzen ergeben sie sich nach meinem Eindruck bisher jedenfalls nicht.

Ich will zum guten Schluss noch sagen, dass wir das Thema Zeitungen und Medienlandschaft im Printbereich natürlich im Blick haben. Ich widerspreche Ihnen, Herr Witzel, eindeutig, wenn Sie behaupten, mit der Übertragung von Printproduktionen aufs Internet könne Geld verdient werden. Das ist sicher nicht der Fall. Ich glaube, im Moment ist es so, dass mit reiner Information im Internet kein Geld verdient werden kann, aber umgekehrt die Zeitungen, wenn sie sich weiter so aufstellen wie im Moment und im Wesentlichen nur noch das zu berichten, was durch das Internet schon bekannt ist, auch nicht viele wirtschaftliche Früchte ernten können.

Ich glaube eher, dass Zeitungen künftig verstärkt auf vertiefende, weitergehende Informationen, auf Hintergrundrecherche und Ähnliches bauen müssen und nicht so sehr auf das schnelle Übertragen von Informationen; denn das wird das Internet künftig noch mehr als heute leisten. Insofern ist es nach meiner Meinung falsch, Öffnungen in eine Richtung zu betreiben, die den Zeitungen nichts bringen. Das Printprodukt Zeitung hat aus meiner Sicht nur dann eine Chance, wenn es mehr Hintergrundinformationen bietet, als im Internet auf die Schnelle zu erklaren sind.

Ein letzter Punkt zu dem Thema, das Sie, Herr Witzel, angesprochen haben. Wir werden demnächst in anderen Zusammenhängen gemeinsam darüber sprechen, wie zu verfahren ist, wenn Politiker in Räten sitzen. Sie haben auch einen Fall im Zusammenhang mit der Medienkommission angesprochen. Hier müssen Sie zwischen Ehrenamt und

Beruf unterscheiden; das tun Sie auch. Man kann beides ausüben, ohne dass es irgendwelche Probleme verursacht. Ich glaube, das gilt auch für Politiker. Zum ZDF gibt es jedoch einen Unterschied. Beim ZDF reden wir über Staatsferne, und das ist etwas anderes als Politikferne.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das hat er nicht verstanden!)

Ich bin gegen Politikferne. Politik gehört auch in die Aufsichtsgremien gerade öffentlich-rechtlicher Anstalten, aber dass wie beim ZDF von Staats wegen Leute qua Amt entsandt werden, das macht den entscheidenden Unterschied aus. Man muss darüber nachdenken, ob man die Norm in diesem Bereich verbessern kann.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich wünsche mir hier ein gemeinsames, konstruktives Vorgehen.

Noch ein guter Rat für unsere gemeinsame Zukunft in anderen Zusammenhängen: Ich glaube, dass der stark aufgestellte werbefreie Online-Auftritt der Öffentlich-Rechtlichen nur zu begrüßen und daran nichts zu kritisieren ist.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Solange sie keine Geschäfte in dem Bereich machen, haben die anderen jede Möglichkeit, jedes Geschäft zu machen, und das wollen wir Grüne auch an diesem Punkt nicht verändert wissen. – Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Keymis. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Krautscheid.

Andreas Krautscheid, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Einige Highlights aus dem Medienetat: Man hat bei der einen oder anderen Rede gemerkt, dass die Zahlen leider doch im Widerspruch stehen zu den gefühlten Eindrücken oder den Eindrücken, die durch die eigene Vergangenheit vielleicht auch etwas glorifiziert werden.

Herr Kollege Eumann, wenn man sich an einfachen Kennzahlen orientiert – egal, ob es die Zahl der Arbeitsplätze, die Zahl der Ausbildungsangebote oder die Umsätze der Unternehmen sind –, hat Nordrhein-Westfalen den Platz als eindeutiges Medienland Nummer eins in Deutschland in den letzten Jahren nicht nur gehalten, sondern Nordrhein-Westfalen hat ihn ausgebaut. Das ist mit allen Zahlen zu belegen. Das ist bei Ihnen dann in der Tat ein Wahrnehmungsproblem. Sie sagten zum Thema „Vorbild NRW“, Sie seien früher immer gefragt worden, wie Sie das eigentlich machten, welche

Instrumente Sie entwickelt hätten. Ich muss Ihnen verraten: Die kommen nach wie vor. Sie kommen nur leider nicht mehr zu Ihnen, sondern zu uns. Deswegen können Sie das nicht so genau wissen. Dieser Andrang ist eher größer geworden.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Woher wissen Sie das denn? Sie waren doch vorher nicht dabei!)

Ich will einige Beispiele nennen; denn der Medienetat wächst erneut. Ich nehme nur zwei kleine Posten, weil sie mir für die medienpolitische Positionierung wichtig sind.

Der eine Posten, der stark aufwächst, ist ein mehr als nur symbolischer Zuschuss für den Aufbau des neuen Bachelor-Kamera-Ausbildungsgangs in Köln. Das ist ein wichtiger Punkt, weil wir wissen, dass die Ausbildungslage im Mediensektor dadurch extrem schwierig ist, dass sie sich ständig sehr schnell an die technischen Entwicklungen anpassen muss, Stichwort Digitalisierung. Deswegen bin ich froh, dass die KHM und die FHS in Köln auch aus dem Hause von Minister Pinkwart Mittel erhalten. Von uns bekommen sie allein 450.000 €, um den neuen Kamera-Ausbildungsgang durchzuführen. Ich bin in den letzten Wochen bei vielen Ausbildungsinstitutionen, privaten wie öffentlichen, gewesen und kann nur sagen: Hier wird hervorragende praxisnahe Ausbildung angeboten. Das ist der Humus, auf dem sich der Medienstandort Nordrhein-Westfalen gut weiterentwickeln kann.

Zum Zweiten gehe ich auf das Thema Filmstiftung ein. Wir erhöhen hier den Ansatz aus einem ganz bestimmten Zweck:

(Marc Jan Eumann [SPD]: Sie sind aber immer noch niedriger als 2005!)

nicht nur, um den Filmförderbereich zu unterstützen, sondern um bei unserer Filmstiftung – das ist übrigens führend in Deutschland; wir sind die Ersten, die das in diesem Jahr machen – einen neuen Topf zum Thema Kinodigitalisierung aufzumachen. Sie wissen, dass insbesondere durch die großen Kinoketten im Kinomarkt ein extremer Druck entsteht, die digitale Umrüstung der Kinos, die pro Kino etwa 70.000, 80.000 € kostet, massiv voranzutreiben, und dass viele kleine Kinos gerade auf dem Land dies aus dem eigenen Gewinn kaum stemmen können. Deswegen werden wir zum einen bei der Filmstiftung – die ersten 500.000 € wandern mit diesem Etat dorthin – und zum anderen gemeinsam mit einem Kreditprogramm der NRW.BANK die Voraussetzungen schaffen, damit kleine Kinos auf dem Land die Digitalisierung packen können, ohne sich über die Maßen zu verschulden oder daran pleitezugehen. Wir wollen die Chancengleichheit hier ganz eindeutig durch staatliche Unterstützungsmaßnahmen gewährleisten.

Des Weiteren erhöhen wir die Verpflichtungsermächtigungen bei der Filmstiftung wesentlich, und

zwar von 8,3 Millionen € auf 10,4 Millionen €. Dies ist extrem wichtig. Wer das Fördergeschäft ein bisschen versteht, weiß, dass man da nicht rein haushalterisch in Jahren rechnen kann, sondern dass dort oft überlappende Projekte sind, denen man in einem Jahr eine Zusage und eine Anfangsförderung geben können muss, damit das entsprechende Filmprojekt nicht platzt. Dies ist also ein Zuschuss für eine erhöhte Flexibilität bei der Filmstiftung, deren Arbeit wir mehr als hoch einzuschätzen wissen. Deshalb freue ich mich, dass auch das ZDF seinen Beitrag um 250.000 € erhöht. Das sind immerhin 10 %. Auch dies zeigt, warum wir diese Arbeit schätzen und unterstützen.

Aber, meine Damen und Herren, die Förderung über die Filmstiftung ist nur ein Baustein der Filmfinanzierung im Film- und Fernsehland Nordrhein-Westfalen. Wir haben in den letzten anderthalb Jahren neue Produkte, neue Unterstützungsmechanismen bei der NRW.BANK initiiert und umgesetzt, die es vorher in Nordrhein-Westfalen nie gegeben hat. Das ist ein wesentlicher, unterstützender Beitrag für den Filmstandort Nordrhein-Westfalen. Wer sich mit den Filmschaffenden in diesem Land unterhält, erfährt, wie sehr sie es zu schätzen wissen. Ich danke der NRW.BANK ausdrücklich, dass Sie mit der Gap-Finanzierung und anderen Finanzierungsmodellen mittlerweile schon 15 Millionen € für den Filmstandort flüssig gemacht hat, die es vorher nicht gab.

Von der US-Tour, bei der mich viele Filmschaffende an die Westküste begleitet haben, kann ich berichten, dass wir dort eine Präsentation gemacht haben, deren Echo eindeutig war – Sie können das auch in den Fachzeitschriften nachlesen –: Nordrhein-Westfalen ist der Standort in Deutschland, der die attraktivsten Filmfinanzierungspakete für seine Filmschaffenden, aber auch für ausländische Produzenten in den letzten Jahren geschaffen hat. Also, innovativ auch in diesem Bereich!

Ich widerspreche Ihnen ausdrücklich, Herr Eumann, wenn Sie gefragt haben, warum wir mit dem neuen Mediencluster in Köln anfangen, das sich ja in unsere generelle Finanzierungs- und Förderlandschaft in Nordrhein-Westfalen nun auch für den Medienbereich mit einer Clustergeschäftsstelle und einem entsprechenden Management als erste Anlaufstelle für Beratung, Vernetzung, Marktbeobachtung etc. einfügt, und warum wir dies nicht in der Filmstiftung ansiedelten.

Sie haben das Beispiel Medienboard Berlin-Brandenburg genannt. Schauen Sie sich die einzelnen Teilelemente in Brandenburg an; ich habe das sehr genau getan. Dort wird sehr sauber zwischen Filmfinanzierung und anderen Aktivitäten, die wir jetzt im Cluster haben, unterschieden. Oben gibt es eine, mit Verlaub, mit Mühe und Not und mehr schlecht als recht funktionierende und zusammenarbeitende Ko-Geschäftsführung, von der ich genau weiß, wie viel Mühe dies den Herrschaften dort bereitet. An-

gesichts dessen bin ich der Meinung, dass wir das mit einer Ansiedlung bei der NRW.BANK – die Cluster-Geschäftsstelle hängt an der NRW.BANK – deutlich sinnvoller gelöst haben.

Wie soll denn eine „Nebenabteilung“ der Filmstiftung Dinge wie etwa in der Games-Branche beobachten? Ich erinnere mich noch daran, dass es, als ich in diesem Haus zum ersten Mal erläutert habe, wie wichtig uns das ist, auf manchen Seiten des Hauses hochgezogene Augenbrauen gab. Im Ergebnis standen 250.000 Besucher bei der gamescom in Köln, ein gigantischer Schub für die Games-Branche. Wir haben das Ganze gefördert und unterstützt. Wir machen dies jetzt unter dem Dach des Clusters weiter.

Herr Eumann, ich kann Ihnen da die Sünden der Vergangenheit nicht ersparen, wenn Sie fragen, warum wir jetzt eine solche neue Agentur schaffen. Als die alte, schon lange verblichene Regierung zum ersten Mal die Möglichkeit ergriffen hat, eine solche Standort- und Informationsagentur zu gründen, haben Sie die Filmstiftung doch auch außen vor gelassen. Sie haben die NRW-Medien GmbH 2001 gegründet und 2003 schon wieder platt gemacht. Dabei haben Sie mit 27 Mitarbeitern fast 20 Millionen € verblasen. Es ist nichts hängen geblieben. Die Agentur war zwei Jahre lang operativ, dann haben wir vier Jahre gebraucht, um sie abzuwickeln. Ich habe am Schluss noch aus meinem Etat die Rechtsanwälte bezahlt. Also, meine Damen und Herren: Wir haben es lieber einmal vernünftig unter dem Dach der NRW.BANK angelegt und mit einem klaren Personal versehen, und damit ist die Gießkanne im Förderbereich auf die Seite gelegt.

Zum Schluss spreche ich einen Punkt an, der wichtig ist – ich glaube, hier sind wir uns alle einig –: Wir nehmen im Bereich der Medienkompetenzförderung mit der Zusammenlegung von ECOMC und Grimme-Institut mit Zustimmung aller Gesellschafter eine größere Operation vor.

Nach langen Überlegungen und vielen Gesprächen, die nicht einfach waren, bin ich nach wie vor von der Richtigkeit einer schlagkräftigen Institution in Nordrhein-Westfalen überzeugt, die neben der staatlichen Förderung der Medienkompetenzarbeit, insbesondere durch die Landesanstalt für Medien, aber auch durch die einzelnen Häuser – im Hause Laschet, bei Frau Sommer oder bei mir –, unser großer, wichtiger Tanker, das wichtigste Werkzeug in dem Bereich Medienkompetenz sein kann.

Eine neue Säule beim Adolf-Grimme-Institut, vernünftig finanziert und mit staatlicher Unterstützung zu schaffen, ist der richtige Weg. In Zukunft – darüber sind wir uns einig – wird Medienkompetenzarbeit eher wichtiger als heute. Wir tragen dem mit einer Vielzahl von Maßnahmen jetzt schon Rechnung.

Meine Damen und Herren, ich habe die Kennzahlen erwähnt: Wachstum des Standortes, mehr Arbeitsplätze, mehr Umsatz, mehr Ausbildungsmöglichkeiten. Unter dem Strich liegt Nordrhein-Westfalen in der Diskussion zum Beispiel über das Konzentrationsrecht in Deutschland vorne. Wir haben unsere Führungsposition auf vielen Feldern ausgebaut. Damit können wir sehr zufrieden sein. Dieser Etat bietet eine gute Chance, diese Führungsposition auch in Zukunft zu halten. – Vielen Dank.

Präsidentin Regina van Dinther: Herzlichen Dank, Herr Minister Krautscheid.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Wollen wir auch noch einmal klatschen? – Beifall von der CDU)

– Wunderbar, es gibt auch noch Beifall. Das ist schön zu hören.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Beratung zu diesem Teilbereich.

Ich rufe auf:

Teilbereich Kultur

Zu dem Teilbereich Kultur gebe ich das Wort an Frau Scheler von der SPD-Fraktion.

Claudia Scheler (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte einen Beitrag zur Kultur des Zeitmanagements leisten und mich, hoffe ich, relativ kurz fassen.

Wir alle schwärmen über die Vielfalt unserer Kulturlandschaft in Nordrhein-Westfalen und über die Einzigartigkeit in Europa. Bei aller Not, die man in Bezug auf dieses Thema sieht, muss man das in der Tat benennen: Wir haben eine bunte Landschaft von Theatern, von Opern und Konzerthäusern, von Musikschulen und Bibliotheken, von Museen, soziokulturellen Zentren und Tanztheatern. Wir können bewusst stolz sein auf die große Kulturlandschaft in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Wir können stolz sein, weil wir Kommunen haben, die in der Vergangenheit die Aufgabe der Kulturförderung besonders ernst genommen haben und denen besonders bewusst war, was Kultur für die Menschen vor Ort bedeutet. Es ist, wie Johannes Rau einmal sagte: Es ist nicht die Sahne, sondern es ist die Hefe. Es ist das, was Lebensmittel ausmacht. Und diese Sicht auf Kultur ist in Gefahr, verloren zu gehen.

(Beifall von der SPD)

Wir haben eine Situation in den Kommunen, die es nicht mehr erlaubt, die Politik der vergangenen Jahrzehnte fortzusetzen, und zwar nicht, weil man nicht mehr die Notwendigkeit der Förderung von kulturellen Einrichtungen einsieht, sondern weil man in eine Finanznot geraten ist, die keine andere Wahl mehr lässt, als diesen Bereich unter die Überschrift der freiwilligen Ausgaben zu stellen. So ist es nicht verwunderlich – ich empfehle, einmal einen Blick in die Antwort auf die von der SPD gestellten Großen Anfrage zur Kultur zu werfen –, dass der Anteil an Kulturausgaben in den Kommunen stetig sinkt. Der Anteil an Kulturausgaben der Kommunen in Nordrhein-Westfalen beträgt heute noch im Schnitt 2,1 %. Das ist erschreckend. Wir sind weit von dem Ziel von 10 % entfernt, das der große Kulturpapst Hilmar Hoffmann einmal gesetzt hat. Selbst in den großen Kommunen, die mit ihren großen Kultureinrichtungen doch noch einiges leisten, haben wir einen Anteil von nur 3,3 %. Diese Zahl sei genannt, damit wir wissen, auf welcher Basis wir reden.

Meine Damen und Herren, das, was uns jeden Tag an Nachrichten aus der Presse erreicht, ist erschreckend. Wir reden über Schließungen von Theatern in Wuppertal, über Reduzierung von Kulturausgaben in Höhe von 20 % in Köln, wir reden über Absagen von Kulturprojekten im Rahmen von RUHR.2010 in Bochum, was heute wieder in der Presse zu lesen ist. Das alles muss im Zusammenhang mit der Debatte um die Gemeindefinanzierung gesehen werden, die wir heute Morgen schon geführt haben. Ich möchte das alles nicht wiederholen, aber es ist in direktem Zusammenhang zu sehen.

Zur Diskussion von heute Morgen möchte ich ergänzen: Wir brauchen in der Tat einen Pakt für Kultur, Herr Kulturstatsminister.

(Beifall von der SPD)

Wir haben nichts davon, wenn wir uns gegenseitig zu der Verdoppelung des Kulturförderetats beglückwünschen, den wir gerne mitbeklatschen. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, bleiben wir doch einmal auf dem Teppich. Dieser Jubel bleibt einem doch im Halse stecken, wenn man sich die Dimensionen vor Augen führt.

(Beifall von der SPD)

Wir reden über 140 Millionen €. Das ist so viel, wie die Stadt Düsseldorf als Landeshauptstadt und auch die Stadt Köln für ihren kommunalen Kulturhaushalt ausgeben. Das ist die Dimension, über die wir in der Kulturpolitik für das gesamte Land reden. Sie steht in keinem Verhältnis zu dem, was die Kommunen leisten.

(Beifall von der SPD)

Das müssen und sollen die Kommunen in Zukunft leisten. Denn wir haben keinen zentralistisch ange-

legten Staatskulturpolitikansatz. Wir sind schon der Meinung, Kultur ist kommunale Aufgabe und sie soll es auch bleiben. Deswegen brauchen wir einen Stärkungspakt für die Kommunen, um die kulturellen Einrichtungen und die kulturelle Infrastruktur in unserem Land zu halten. Ich hoffe, dass die öffentliche Debatte, die jetzt zu diesem Thema begonnen hat – und sie wird, meine ich, in den kommenden Monaten sehr viel stärker geführt –, zu einem Umdenken führt und dass wir zu neuen Lösungsansätzen kommen. Wir müssen über alle Fraktionen hinweg Ansätze zur Frage der Freiwilligkeit von Kulturausgaben finden.

(Beifall von der SPD)

Kultur ist Pflichtaufgabe. Daher muss sie ordentlich finanziert werden – und zwar über solide und gesunde Kommunalfinanzen. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Scheler. – Herr Dr. Sternberg redet nun für die CDU-Fraktion.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wenn man in die Runde blickt, könnte man meinen, Kultur sei kein so richtig wichtiges Thema. Man stellt sich aber doch die Frage: Ist eigentlich Kultur wirklich so unwichtig, wie es scheint?

Ich habe den Eindruck: Kultur ist ein außerordentlich wichtiges Thema. Es wird zwar gelegentlich unter Reise und Erholung verbucht, aber es gehört zu den wichtigen Fragen, denn in Kunst und Kultur geht es nicht nur um ein Freizeitvergnügen eines kleinen Anteils unserer Gesellschaft, dessen Interessen wie diejenigen anderer Gruppen zu bedienen wären, sondern es geht um mehr.

Es geht darum, dass wir in der Kultur und in kulturellen Formen unsere Selbstvergewisserung haben. Übrigens: Was von uns bleibt, sind hauptsächlich die Dinge, die in Kultur festgestellt und festgehalten sind.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Sehr richtig!)

Außerdem: Wenn über 70 % der Bundesbürger nach Umfragen gelegentlich oder häufig ins Museum gehen und Theaterveranstaltungen in Deutschland genauso viele Menschen besuchen wie Sportveranstaltungen, zeigt das, dass das längst nicht Sache einer bestimmten gesellschaftlichen Schicht ist.

Frau Scheler, Sie haben es schon gesagt: Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine besondere Dichte kultureller Einrichtungen. – Ja, und wir haben politisch die Kultur auch wieder zu einem wichtigen

Thema gemacht. Wir haben den Kahlschlag der früheren Regierung beendet.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU] – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Die Triennale haben wir ins Leben gerufen!)

Und wir haben die Kultur wieder in die Landespolitik zurückgeholt. Man hatte bei der vorigen Regierung manchmal den Eindruck, sie wolle die Kultur über den extrem hohen Kommunalisierungsgrad von 78 % in Nordrhein-Westfalen hinaus ganz zu einer kommunalen Angelegenheit machen und sagen: Bezahlt das doch ganz alleine. – Das Land schien sich völlig aus der Kulturfinanzierung herausziehen zu wollen. Damit haben wir Schluss gemacht, und wir haben das nachgewiesen.

(Beifall von der CDU)

Aber ich greife gern die Fragen auf, die mit den Kommunen zu tun haben. Natürlich stehen die Kommunen vor erheblichen Problemen. Das ist sowohl bei den kommunalen Haushalten als auch beim Landes- und beim Bundeshaushalt der Fall. Die Kommunen können ihre Kulturaufgaben nur noch mit großen Anstrengungen durchführen, obwohl man natürlich mit Kulturetats keinen Haushalt sanieren kann.

Auch wenn er in meiner Heimatstadt Münster bei über 5 % liegt, beträgt der Schnitt – Sie haben Recht; die Große Anfrage zeigt es – selbst bei den Städten mit über 200.000 Einwohnern magere 3 %. Das ist übrigens auch im Bundesdurchschnitt nicht besonders gut. Deshalb muss man auch den Kommunen sagen, dass sie in Ihrer Politik nicht die Kultur zu einem Sparfeld ausbauen können.

Aber eine Bestandsgarantie kann es natürlich auch nicht geben. Auch im Kulturbereich muss man diskutieren und argumentieren. Wir werden auch im Kulturbereich in einigen Städten mit Schrumpfungen die Infrastruktur und auch die kulturelle Infrastruktur neuen Gegebenheiten anpassen. Dabei wird man lernen müssen.

Nicht jede Schließung einer Spielstätte bedeutet gleich die Kapitulation der Kulturpolitik, wie das von der Stadt Wuppertal, Frau Scheler, behauptet wird, wo man in der Presse insinuiert hat, nach dem Tod von Pina Bausch würde ihre Spielstätte geschlossen. Nichts davon ist wahr. Auch in Wuppertal wird weiter gute Kultur gemacht, und auch in Wuppertal kann man Theater sehen. Aber wir müssen das Thema natürlich angehen.

Kultur ist ein Staatsziel. Das ist sie, obwohl die Diskussion um die Verankerung des Staatsziels Kultur im Grundgesetz als einigermaßen gescheitert angesehen werden darf. Aber Kultur ist Staatsziel, weil sie bei uns der Landesverfassung in Art. 18 niedergelegt ist, wo es heißt:

Kultur, Kunst und Wissenschaft sind durch Land und Gemeinden zu pflegen und zu fördern.

Das heißt, wir haben dieses Staatsziel in der Landesverfassung. Wir müssen uns darüber Gedanken machen, was das vor allen Dingen bei Haushaltssicherungskommunen und in der Prüfungspraxis der Regierungspräsidenten bedeutet. Dabei gibt es meiner Ansicht nach noch einiges, bei dem man argumentieren und zeigen kann: Das sind nicht irgendwelche freiwilligen Ausgaben, die die Städte aus Jux und Tollerei machen, sondern das gehört in den Kernbestand kommunaler Verpflichtungen. Das sind keine Subventionierungen, sondern es handelt sich um öffentliche Aufgaben, die nicht ins Belieben gestellt sind.

Meine Damen und Herren, wir haben in Nordrhein-Westfalen die Verdopplung des Kulturförderetats angekündigt, und wir haben sie umgesetzt. Frau Scheler, Sie werden sich nicht wundern: Mir bleibt der Jubel nicht im Halse stecken; ich bejuble das auch in dieser Runde.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der Regierungsbank: Das ist Grund zum Jubeln!)

Denn wir haben den Beschluss dazu in der CDU bereits 2004 gefasst, als die Krise nun wirklich massiv da war und als die Haushalte ganz schlecht aussahen. Damals ist bereits dieser Beschluss gefasst worden.

Wir haben ihn auch im neuen Etat 2010 durchgehalten. Das wird auch im Jahr der Krise durchgehalten. Ja, wir stehen dazu: jedes Jahr 20 %. Fünfmal 20 % sind 100 %. Das ist eine Verdopplung des Etats von 70,6 Millionen € auf 141,2 Millionen €. Das ist nachzulesen im Haushaltsentwurf.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Tolle Leistung!)

Meine Damen und Herren, es geht um Erhalt, Sicherung und Weiterentwicklung der kulturellen Infrastruktur des Landes. Eine der großen Aufgaben, die wir uns vorgenommen hatten, war die Substanzsicherung. Das betraf nicht nur die Substanzsicherung der Akten und Unterlagen – wir haben ein Substanzsicherungsprogramm für Archive aufgelegt –, sondern das gilt auch ganz praktisch für Gebäude.

Wir haben die Leuchttürme geputzt, sanieren die Mauern und unterstützen spektakuläre Neubauprojekte – vor allem natürlich im Bereich der Kulturhauptstadt 2010. Dabei bin ich davon überzeugt: Dieses und ein Projekt, auf das ich gleich noch eingehen werde, werden vielleicht die wichtigsten, dauerhaftesten und nachhaltigsten Dinge der Kulturhauptstadt 2010 sein. Das gilt für die Städte Dortmund, Duisburg, Essen, aber auch für Köln und Münster, wo wir Projekte fördern.

Aber es gibt auch Sanierungsstaus in ganz konkretem Sinne. Da stellen wir über das Konjunkturpaket II Sanierungsmittel zur Verfügung, die wir in diesem Land zu dem außerordentlich hohen Prozentsatz von 84 % an die Kommunen weiterreichen,

sodass die Kommunen in die Lage versetzt werden, Kultureinrichtungen zu sanieren.

Meine Damen und Herren, Grundlage aller kulturellen Aktivität ist kulturelle Bildung in allen Altersstufen. Wir sind in Nordrhein-Westfalen „Modell-Land Kulturelle Bildung“. In den Kindergärten und Grundschulen wird gemeinsames Singen wieder eine Selbstverständlichkeit werden. Die Partizipation an der Kunst geht quer durch alle gesellschaftlichen Schichten und ist damit auch ein wichtiger Faktor der Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

Gerade um die Aufgabe der kulturellen Integration haben wir uns mit Projekten und Förderungen gestellt. Das große Projekt JeKI, „Jedem Kind ein Instrument“, ist das bedeutendste Projekt der Kulturhauptstadt 2010. Das ist hier besonders zu nennen. Wir werden am 8. und 9. Januar in Essen die Kulturhauptstadt 2010 „Essen für das Ruhrgebiet“ eröffnen. Wenn man das Programmbuch oder die Programmveröffentlichung liest, die in der letzten Woche der Zeitung beilag, bin ich ganz sicher: Es wird ein großes und bedeutendes Jahr und zeigt, welche wunderbaren kulturellen Aktivitäten im Ruhrgebiet zu sehen sind.

(Beifall von der CDU)

Aber auch die sehr erfolgreichen Maßnahmen von Kultur und Schule, in denen Künstler mit den Fachlehrern der Schulen in Verbindung gebracht werden, sind ein Schritt in die Richtung einer neuen kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Wir haben vorhin mit dem Bibliotheksverband zusammengesessen und konnten bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, dass wir die Bibliotheksförderung wieder auf den Stand gebracht haben, den es vor den Kürzungswellen gab. Das wird uns auch gedankt. Die Förderung war immerhin reduziert worden, bis sie fast nicht mehr sichtbar war. Mit dem Etat 2010 haben wir fast eine Verdreifachung vorgelegt. Das heißt, wir haben wieder einen Stand erreicht, bei dem man überhaupt von einer Landesförderung sprechen kann.

Wir haben Landestheater und Landesorchester wieder so ausgestattet, dass sie arbeiten können und nicht an die Existenzgrenze geführt werden.

Wir haben trotzdem Innovationen realisiert. Wir haben uns nicht allein auf Leuchttürme und Top-Events beschränkt, sondern unsere Kulturförderung berücksichtigt sowohl die Spitzen – als auch die Breitenkultur. Das kann man im Etat ablesen. Es ist nun einmal so, dass man ergänzend zu den Spitzenleistungen die breite künstlerische Tätigkeit, den Nichtprofessionellen und den professionellen Freien braucht, ob man das nun als Soziokultur, Laienkultur oder Freie Szene bezeichnet. Sie sind Teil einer

modernen Bürgergesellschaft, deren Unterstützung durch gute Rahmenbedingungen notwendig ist.

Meine Damen und Herren, das alles kann man im Kulturbericht nachlesen. Dieser Kulturbericht Nordrhein-Westfalen der Landeskulturförderung liegt nun für das zweite Jahr vor. Mein ausdrücklicher Dank und mein Kompliment gehen an die Staatskanzlei und an den Staatssekretär für die Vorlage dieses Berichtes.

(Beifall von der CDU)

Er gibt zum ersten Mal die Möglichkeit, wirklich nachzuschlagen und anhand konkreter Zahlen nachzulesen, was auf dem Feld alles getan und gemacht worden ist.

Es ist auch über den Bürokratieabbau, eines der wichtigsten Ziele der neuen Landesregierung, zu reden. Wir haben das Zuwendungsrecht vereinfacht. Wir haben alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um Einrichtungen und Verbänden Planungssicherheit geben zu können; Festbetragsförderung und Optionsförderung über mehrere Jahre. Das alles hat der Szene gezeigt, wie Kulturpolitik neu und besser gemacht wird. Dabei werden wir von der CDU-Fraktion den Staatssekretär für Kultur mit ganzer Kraft unterstützen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir unterstützen die Landesregierung und damit die Künstlerinnen und Künstler, alle im Kulturbereich Tätigen und die kulturell Engagierten, um mit ihnen den Spitzenplatz Nordrhein-Westfalens im kulturellen Leben Deutschlands behaupten und ausbauen zu können. – Wir danken für diesen Etat und werden ihm selbstverständlich zustimmen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Professor Sternberg. – Für die FDP-Fraktion hat nun zum Thema Kultur Frau Kollegin Freimuth das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal ist festzuhalten, dass wir Wort gehalten haben. Ich kann mich noch an die skeptischen Bemerkungen erinnern, die uns im Jahr 2005 allenthalben entgegengekommen sind.

Wir haben den Gesamtansatz des Kulturförderetats mit dem Haushalt 2010 wiederum um knapp 5 Millionen € anwachsen lassen und können damit mit Fug und Recht behaupten, dass wir unser Versprechen zur Verdoppelung des Kulturförderetats in dieser Legislaturperiode mehr als eingehalten haben.

Man kann aber auch festhalten: Der Kulturförderetat ist gemessen am Gesamtetat immer noch ein ver-

hältnismäßig kleiner Betrag. Der Hinweis wurde durchaus schon gegeben, insbesondere im Verhältnis zu dem Engagement unserer Kommunen. Wir merken aber sehr wohl, welche Schwerpunktsetzungen mit dem Landesengagement einhergehen können und welche Wirkungen auch mit relativ geringen Mitteln erreicht werden können.

Landesregierung und Koalition haben gemeinsam das Profil unseres Landes Nordrhein-Westfalen gerade im Bereich Kultur stärken wollen. Auch in Zeiten, in denen wir zwangsläufig über Konsequenzen der Wirtschaftskrise und Haushaltskrise nachdenken und diskutieren müssen, haben wir unter Beweis gestellt, wie wichtig uns das Kulturland Nordrhein-Westfalen ist und wie viel Wert wir der Kultur und der Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen gerade in diesen Krisenzeiten beimessen.

Kultur ist in der Tat das, was die Menschen in unserer Gesellschaft zusammenhält, was Kreativität und Innovation überhaupt erst ermöglicht, was neue Ideen befördert und Technologien und Produkte auf den Markt bringen kann. Kurz gesagt: Kultur und Kulturförderung sind wichtige wirtschaftliche Motoren für unser Land und damit auch wichtige Hoffnungsträger und Bindeglieder in unserer Gesellschaft.

Gerade deshalb haben wir der Kulturförderung von Anfang an einen so hohen Stellenwert beigemessen. Auch vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise stellt sich das auch als sehr wichtig und richtig heraus.

An dieser Stelle möchte ich mich auch einmal für die im Kulturbereich wirklich sehr ausgeprägte und gute Zusammenarbeit sowie die konstruktive Begleitung bei den Kolleginnen und Kollegen von der Opposition herzlich bedanken. Ebenso möchte ich mich bei all den vielen Kulturschaffenden bedanken, die trotz oftmals großen finanziellen Drucks und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zur Bildung des Kulturprofils Nordrhein-Westfalens beitragen und ihm ein Gesicht geben.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, nach vielen Jahren finden im Jahre 2011 die Landesbühnentage in Nordrhein-Westfalen statt. Damit rückt das Landestheater Detmold in den kulturellen Blickpunkt, vielleicht sogar über nationale Grenzen hinaus. Das unterstreicht nicht nur die herausragenden Leistungen des Landestheaters, sondern es ist auch eine große Herausforderung und Chance für Detmold, für Lippe, für ganz Nordrhein-Westfalen.

Wir haben die wichtigen Vorbereitungen und die Durchführung dieser Landesbühnentage mit einem Haushaltsänderungsantrag noch einmal deutlich finanziell untermauert und damit eine deutliche Unterstützung geben. Im Kulturausschuss konnten wir nicht gesondert darüber diskutieren. Deshalb möchte ich an dieser Stelle darauf eingehen.

Genauso, wie das kulturelle Profil durch Schauspiel, Gesang, Tanz und andere Kultursparten geprägt wird, trägt auch das kulturelle Bauwesen zum Profil des Landes Nordrhein-Westfalen bei. Deswegen stellt auch die Förderung von Kulturbauten, die in diesem Jahr um mehr als 3,6 Millionen € auf 11 Millionen € erhöht wurde, einen wesentlichen Baustein der kulturellen Außendarstellung unseres Landes dar.

Vor einigen Tagen hat der polnische Außenminister Radosław Sikorski beim Besuch des deutschen Außenministers Dr. Westerwelle das gegenwärtige Verhältnis von Deutschland und Polen als „das beste in der Geschichte“ bezeichnet. Über diese sehr positive Entwicklung freuen wir uns, und wir wollen auch unseren Beitrag zur deutsch-polnischen Aussöhnung noch verstärken.

Deswegen freue ich mich, dass wir in diesem Jahr mit einem Haushaltsänderungsantrag zur Förderung kultureller und ähnlicher Einrichtungen die finanzielle Unterstützung des für diese Aufgabe sehr wichtigen Westpreußischen Landesmuseums noch einmal erhöhen konnten. Das Westpreußische Landesmuseum bietet mit einer ständigen Präsenz in Deutschland wie auch in Polen das notwendige Know-how und kann als Kultur- und Begegnungsstätte einen wichtigen Beitrag zur Versöhnung leisten. Vor allem für die Jugend in unseren Ländern ist es wichtig, die Vergangenheit zu kennen, um die Zukunft in Europa gemeinsam gestalten zu können.

Deshalb begrüßen wir auch die Erhöhung der Fördermittel für die Erinnerungskultur von 200.000 € auf 275.000 €, die dabei hilft, diesem wichtigen Anliegen Rechnung zu tragen.

Ich erwähnte gerade schon die Jugend. Die kulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche war und ist ein Schwerpunktthema der FDP und dieser Koalition, und dies wird auch mit dem Haushaltsentwurf 2010 noch einmal unterstrichen.

Das Landesprogramm „Kultur und Schule“ hat in den vergangenen Jahren immer stärkeren Zuspruch erhalten, und im ganzen Land wird an über 1.500 Schulen zusammen mit über 1.000 Künstlerinnen und Künstlern Nordrhein-Westfalens gearbeitet. Da gibt es ein ganz immenses Engagement der Künstlerinnen und Künstler, aber natürlich auch der begleitenden Schulen, Lehrerinnen und Lehrer sowie der Eltern. Dafür kann man gar nicht dankbar genug sein. Wir wollen dieses erfolgreiche Programm weiterführen und stellen, wie in den vergangenen Haushaltsjahren, wiederum 4,4 Millionen € dafür zur Verfügung.

Ganz besonders freut mich der ausgesprochen gute Erfolg bei dem Projekt „Jedem Kind ein Instrument“, das nun schrittweise vom Ruhrgebiet auf das gesamte Land Nordrhein-Westfalen ausgeweitet wird. In diesen Tagen hat mich eine Meldung sehr beeindruckt, die ich hier nicht verschweigen möchte. Mit

Günther Uecker engagiert sich jetzt auch ein Kunst-Aushängeschild Nordrhein-Westfalens für dieses Projekt, und ich bin mir sicher, dass ihm noch sehr viele weitere renommierte Spitzenkünstler unseres Landes folgen werden.

Für dieses persönliche Engagement sowie das aller anderen Menschen, die einen wichtigen Beitrag zum Gelingen der Projekte in der kulturellen Bildung leisten, möchte ich an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich danken.

(Beifall von FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach einer deutlichen Erhöhung des Fördervolumens im Haushaltsjahr 2009 auf 4,6 Millionen € werden wir die Mittel für das Programm noch einmal deutlich aufstocken. Insgesamt sind Haushaltsmittel von rund 6,14 Millionen € für das Programm veranschlagt. Daneben werden Mittel in Höhe von 1,2 Millionen € für weitere Sonderprojekte zur Verfügung gestellt.

Dieses Engagement haben wir Liberalen bereits in der vergangenen Legislaturperiode immer wieder gefordert; Zustimmung konnte dies damals leider nicht finden.

Es ist gerade schon das Stichwort „Bibliotheken“ angesprochen worden. Wir haben uns in der Tat die Stärkung der Bibliothekslandschaft in Nordrhein-Westfalen vorgenommen, und diese Unterstützung trägt auch Früchte. Insgesamt haben wir den Haushaltsansatz seit 2005 von 734.800 € um mehr als das Vierfache auf 3,2 Millionen € erhöht. Das ist angesichts der Tatsache, dass der Haushaltstitel für Bibliotheken seit den 80er-Jahren immer weiter abgebaut wurde, sodass die Bibliotheken in ihrem Fortbestand bedroht waren, ein wichtiges Signal an die Bibliotheken.

Die Bibliotheken können sich damit auf die zukünftigen Anforderungen in einer modernen Bildungs- und Wissensgesellschaft vorbereiten. Darüber hinaus wird auch die Förderung der Landesbibliotheken noch einmal aufgestockt; der Ansatz von 1,3 Millionen € erleichtert auch die Wahrnehmung ihrer Aufgaben deutlich.

Gestatten Sie mir am Schluss meiner Redezeit einen kurzen Ausblick auf die Zukunft. Kinder und Jugendliche sind für die Zukunft der musikalisch-kulturellen Vielfalt, besonders als Nachwuchs für die vielen Laienchöre und -orchester, immer wichtiger. Deswegen setzen wir Liberale uns für die kulturelle Bildung und das Heranführen von Kindern und Jugendlichen an die Musik ein. Dabei sind die unterschiedlichen Projekte, die es in unserem Land gibt – zum Beispiel „Jedem Kind ein Instrument“, „Jedem Kind seine Stimme“, das Monheimer Modell und all die Tanzprojekte – wichtig; sie müssen unterstützt werden.

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Kollegin.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident, das ist meine letzte Anmerkung.

Wir sollten die Laienkultur wieder etwas stärker ins Visier nehmen, denn sonst bricht uns das Potenzial für die kulturelle Vielfalt und Zukunft unseres Landes weg. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die Grünen spricht jetzt Herr Abgeordneter Keymis.

Oliver Keymis (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche, es etwas kürzer zu halten, als es in den Vorreden der Fall war. Vieles von dem, was gesagt wurde, ist uns allen im Prinzip sehr bewusst. Vieles ist zwischen uns auch grundsätzlich gar nicht streitig. Insofern müssen wir uns nicht dauernd wiederholen.

Ich möchte nur auf zwei Punkte eingehen, die mir sehr wichtig sind.

Ein Punkt, den Frau Kollegin Scheler schon angesprochen hat und der uns im Moment alle sehr beschäftigt, ist die Situation der Kommunen als Hauptträger der Kultur. Wir haben, im Moment jedenfalls, alle noch kein Rezept, welche gemeinsamen politischen Anstrengungen wir unternehmen können, um diese Löcher, die da gerissen wurden, wieder zu füllen.

Das erinnert mich an das Jahr 2003, in dem wir den Doppelhaushalt 2004/2005 diskutiert haben. Wir hatten damals einerseits mit der höchsten Neuverschuldung des Landes zu kämpfen und andererseits Streich- und Kürzungsvorschläge zu diskutieren.

Der Widerspruch besteht darin, dass uns die heute Regierenden einerseits vorwerfen, dass wir ihnen die höchste Verschuldung – so wie Sie es immer formulieren – hinterlassen hätten, andererseits aber, wir hätten für die Kultur nicht genug getan. Dieser Widerspruch muss einmal ausgesprochen werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Gleichwohl konzidiere ich – das habe ich in meinen Äußerungen im Kulturausschuss immer wieder getan –, dass die Etatentwicklung auf der Landesförderseite positiv zu bewerten ist. Das wissen wir alle. Es ist gut.

Seien wir aber ehrlich zueinander – das sind wir ja –: 70 Millionen € mehr sind auch nicht der riesige Sprung. Es ist ein guter Sprung, aber es ist kein riesiger Sprung. In absoluten Zahlen, verglichen mit dem, was wir sonst im Haushalt alles verausgaben, veranschlagen, ist das eine relativ kleine Summe. Das wissen wir Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker

auch. Wir sind bescheidene Leute und freuen uns natürlich über den Aufwuchs. Er beträgt, wenn man es in Prozenten ausdrückt, 100 %. Das ist super. Politisch kann man sich das fast gar nicht vorstellen. Aber absolut sind 70 Millionen € mehr nicht das, weswegen irgendjemand vor Begeisterung aus dem Fenster springen müsste. Das ist so. Trotzdem freuen wir uns. Wir haben das immer deutlich gemacht.

Wir müssen jetzt einmal überlegen, wie es weitergeht. Wie es weitergeht, ist eine Frage, die wir heute nicht diskutieren können. Aber wir werden uns Gedanken machen müssen über die Pflichtigkeit von Kultur. Müssen wir eventuell dazu übergehen, auch diesen Bereich, weil er uns elementar wichtiger ist, als wir das möglicherweise bisher zum Ausdruck bringen konnten, in eine Pflichtigkeit zu übersetzen? Das hat etwas mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz und mit der Frage zu tun, ob wir analog zu einer Sportpauschale über eine Kulturpauschale diskutieren müssten, um die Kommunen künftig in den Stand zu versetzen, den Löwenanteil, den sie an Kulturausgaben leisten, auch weiterhin sinnvoll gestalten zu können. Im Moment können sie das teilweise nicht.

Die dramatischen Meldungen haben wir alle zur Kenntnis genommen, wobei ich denke, dass das auch Meldungen sind, die uns alarmieren sollen. Denn es muss ja nicht gleich ein Theater zugemacht werden, nur weil jemand sagt, es gäbe keine Alternative mehr. So ähnlich habe ich Peter Jung, den Oberbürgermeister aus Wuppertal, verstanden. Gleichwohl haben wir eine Art politische Reaktionspflicht und müssen uns Gedanken machen, wie man das sinnvoll miteinander gestalten kann.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich habe heute Nachmittag in einem anderen Zusammenhang einmal zwei Zahlen genannt. Die sollen hier keinen Schock auslösen. Kollege Rasche weiß sofort, wovon ich rede. Wir geben für den U-Bahn-Bau in Köln rund 800 Millionen € aus. Wir geben für die U-Bahn, die ich für noch unsinniger halte als die in Köln, nämlich die in Düsseldorf, 500 Millionen € aus. Das sind Summen, von denen Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker nachts träumen. Tagsüber wissen sie, dass das Träume sind und so etwas unerreichbar ist.

Vor dem Hintergrund möchte ich deutlich machen: Es wird an manchen Stellen Geld investiert, wo wir uns wünschen würden, man würde es sinnvoll umlenken. An solche Summen wie die eben genannten ist gar nicht zu denken. Aber schon die Hälfte dieser Summen – es waren 1,3 Milliarden € – wäre für die Kultur in Nordrhein-Westfalen sehr viel Geld.

Es wäre gut, darüber nachzudenken, ob wir im Rahmen des GFG und der entsprechenden Kulturpauschale, von der ich eben sprach, künftig eine solche Politik gemeinsam ansteuern, die die Kommunen dann wieder, mit ihrer Hoheit versehen, in

die Lage versetzt, aus diesem Topf ihre Kultur sinnvoll zu fördern.

Das bedeutete aber, dass wir den Verbundbetrag anheben und letztlich als Land mehr Geld umverlagern oder uns sogar noch verschulden müssten – diese Diskussion ist sehr schwer zu führen, von hieraus allemal –, und dann auch noch für die Kultur.

Die vielen Projekte möchte ich nicht noch einmal aufzählen. Ich möchte deutlich machen, dass ein Appell, der heute Morgen zum Ausdruck gebracht wurde, so sicher nicht funktioniert. Er funktioniert im Privatleben. Er ist bei manchen angemessener als bei anderen. Es gab die Forderung, dass die Kommunen abspecken müssen. Das ist sicherlich ein wichtiges Thema aus vielerlei Gründen. Ich glaube jedoch, in der kommunalen Finanzdiskussion funktioniert das so nicht, weil die Kommunen das Geld nicht für Scherz ausgeben, sondern um den Menschen vor Ort die Möglichkeiten anzubieten, die im Rahmen der kommunalen Aufgaben anstehen. Dazu gehört aus meiner Sicht eben auch die Kultur.

Ich würde mir wünschen, dass dieser Aufwuchs von der nächsten Landesregierung fortgesetzt werden könnte. Ich sage noch einmal ausdrücklich, dass wir das als Fraktion immer gutgeheißen haben. Deshalb haben wir an dem Punkt in diesem Jahr auch keine Änderungsanträge eingebracht, wie Ihnen aufgefallen ist. Vor dem Hintergrund der Situation ist dieser Punkt, den wir künftig bearbeiten müssen, mit Änderungsanträgen nicht zu reparieren. Deshalb kann ich auch die restlichen vier Minuten und 15 Sekunden der Versammlung übergeben. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank für dieses großzügige Geschenk, Herr Kollege Keymis. – Jetzt hat Herr Krautscheid für die Landesregierung das Wort. Herr Minister Krautscheid, bitte.

Andreas Krautscheid, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst erlaube ich mir ein Kompliment für die geschmackvolle Krawatte. – Der heutige Beschluss über den Kulturetat 2010 ist ein bemerkenswertes Ausrufezeichen hinter fünf Jahre erfolgreicher Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen. Frau Scheler, ich stimme Ihnen ausdrücklich zu: Wir können stolz und dankbar sein für die kulturelle Landschaft in diesem Bundesland.

Sie haben dann doch einen starken Beitrag geleistet, der in Richtung des Etats von heute Morgen, sprich: in Richtung der Kommunalpolitik und der Kommunen, gegangen ist, bei der in der Tat massive Auswirkungen da sind und wo ein System kommunaler Verantwortung existiert, das 60 Jahre nicht groß diskutiert worden ist. Jetzt, wo die Herausfor-

derungen besonders hart sind, zu sagen, lässt uns das System mal eben ändern, ist meiner Meinung nach kein Beitrag, der diesem Kulturetat wirklich gerecht wird.

Prof. Sternberg hat es eben schon erwähnt. Aus dem Jahre 2004, in der neuen Regierung 2005 erneuert, stammt das Versprechen des Ministerpräsidenten, die Kulturförderung in diesem Land schlichtweg zu verdoppeln. Das hat damals manch einer nicht für möglich gehalten. Aber die Zahlen sind beeindruckend.

Wir haben im Jahre 2005 mit 70,6 Millionen € angefangen. Zum Genießen: 2006 plus 12,7 Millionen €, 2007 plus 14,3 Millionen €, 2008 plus 15,3 Millionen €, 2009 plus 15,1 Millionen € und im nächsten Jahr plus 13,2 Millionen €.

Meine Damen und Herren, von 70,6 auf 141,2 Millionen €: Versprechen eingehalten.

(Beifall von der SPD)

Ich möchte einige kurze Teilelemente dieser Erfolgsgeschichte näher beleuchten. Jeder wird verstehen, dass ich das Programm „Jedem Kind ein Instrument“ ganz nach vorne ziehe. Die Idee, allen Grundschulern – zunächst im Ruhrgebiet – die Möglichkeit zu geben, ein Instrument zu erlernen, war schon bei der Konzeption aufsehenerregend und ist es bis heute geblieben. Nach der Pilotphase in Bochum wurde 2007/2008 damit begonnen, das Projekt aufzubauen.

Meine Damen und Herren, mit Beginn des Schuljahres 2009/2010 konnten schon 522 Grundschulen in 42 Kommunen an dem Programm teilnehmen. 43.500 Kinder nehmen an diesem Programm „Jedem Kind ein Instrument“ teil. 56 Musikschulen sind beteiligt. Das ist ein Erfolgsprojekt, wie es selten gelingt. Es ist vorbildlich für andere Bundesländer.

Wir bauen weiter aus. Die Erstklässler aller Grundschulen im Ruhrgebiet werden im nächsten Schuljahr, 2010/2011, die Chance haben, ein Instrument zu erlernen. Wir sind jetzt dabei, zum einen die Verzahnung mit der Kulturhauptstadt 2010 hinzubekommen und zum anderen das Projekt für ganz Nordrhein-Westfalen auszubauen.

Das ist, meine Damen und Herren, eine wunderbare Verbindung von frühkindlicher Förderung und kultureller Bildung. Auch hier hat Nordrhein-Westfalen die Nase in Deutschland vorn.

Ein weiteres Beispiel für innovative Kulturpolitik ist das Thema „Kunst und Kultur für Kinder und Jugendliche“. Sie kennen das Programm „Kultur und Schule“, zum ersten Mal 2006/2007 ins Leben gerufen, jetzt in einer neuen Dimension angekommen. Derzeit finden etwa 1.500 Projekte statt, bei denen Künstlerinnen und Künstler aller Kunstsparten mit Kindern in den Schulen Musicals, Ausstellungen, Tanzvorführungen, Filme, Handyromane erarbeiten, also kulturelle Bildung so früh wie mög-

lich einsetzen. So wollen wir auch im Elementarbereich seit einiger Zeit besonders intensiv fördern. Auch dies ist ein Beispiel für innovative Kulturpolitik.

Als Drittes wurde der Bereich „Kultur und kreative Ökonomie“ mit dem Haushalt 2009 erstmals eingerichtet. Damit wollen wir kulturelle Projekte, die an der Schnittstelle zur kreativen Ökonomie liegen, besonders unterstützen. Es ist unbestritten, dass es sich bei der Kultur- und Kreativwirtschaft um eine der wichtigsten deutschen Wachstumsbranchen mit einer ganz besonderen Bedeutung für Nordrhein-Westfalen handelt. Deswegen ist die Landesregierung zusammen mit dem Wirtschaftsministerium, dem MBV und auch mit der Staatskanzlei auf dem richtigen Weg, wenn wir kultur- und kreativwirtschaftliche Strukturen mit abgestimmten, aber unterschiedlichen Förderansätzen fördern.

Es geht dabei um Maßnahmen und Vorhaben, die dazu beitragen, Kreative und Talente im Land zu halten oder ins Land zu holen. Ein Beispiel gerade im Zusammenhang mit der Kulturhauptstadt ist die Förderung von Kreativquartieren mit dem Ansatz, Kunstschaaffenden und Kreativen angemessenen Wohn- und Wirkungsraum zu bieten.

Ein weiteres Thema, meine Damen und Herren, ist die Schnittstelle „Kultur und Tourismus“, um das Profil Nordrhein-Westfalens als Kultur- und Kunst-raum zu fördern. Ich darf einen Aufgabenbereich nennen, der den Kulturstaatssekretär und mich verbindet:

Wir sind froh und stolz, dass wir den Europäischen Filmpreis in wenigen Tagen zum ersten Mal nicht in Berlin, sondern im Ruhrgebiet verleihen können. Wir haben uns mächtig angestrengt, diese europaweit bedeutsame Veranstaltung mit einer Fernsehübertragung in 40 Länder am übernächsten Wochenende zunächst mit einem Filmprogramm im ganzen Ruhrgebiet, mit einem ersten Abend freitags in Essen und dann der Gala für den Europäischen Filmpreis in die Jahrhunderthalle nach Bochum zu holen. Das ist ein weiteres wichtiges Element, um den Kulturstandort Nordrhein-Westfalen prägnanter zu machen.

Schließlich ist das Thema Tanzförderung zu erwähnen, meine Damen und Herren. Wir haben zu Beginn des Jahres 2009 ein neues Tanzkonzept für Nordrhein-Westfalen vorgestellt, das – nunmehr auch nachlesbar im Haushalt – weiter entfaltet wird. Durch diese neue Konzeption erhält das Tanzland Nordrhein-Westfalen eine nachhaltige Stärkung. Es ist, wenn man so will, ein Quantensprung in Qualität und Attraktivität.

Dies wird durch eine verbesserte Förderung und strukturelle Unterstützung der Ensembles und der Infrastruktur erreicht. Bereits seit dem letzten Jahr zählt die Spitzenförderung für vier herausragende

freie Ensembles und die Gründung der NRW-Tanzagentur dazu – ein ganz neues Modell der Vermittlung und Vernetzung.

Hinzu kommt ab dem Jahr 2010 die Stärkung unserer Tanzzentren, um die Situation der Künstler und den Gastspielbetrieb sowohl an den mittleren, aber auch den großen Spielstätten wie PACT Zollverein und dem tanzhaus nrw zu verbessern. Auch im Bereich der kommunalen Theater, meine Damen und Herren, werden aus diesem Budget innovative Tanzprojekte im Kinder- und Jugendbereich und der internationale Kulturaustausch gefördert.

In all diesen Bereichen der neuen Konzeption gibt es jetzt – man höre und staune – eine Planungssicherheit für Künstler und Veranstalter über jeweils drei Jahre. Dies bedeutet eine herausragende Möglichkeit, auch in Krisenzeiten Kultur weiterzuentwickeln.

Schließlich werden wir im Jahr 2010 die neu etablierte Exzellenzinitiative für Kommunaltheater fortsetzen. Hiermit wird die Empfehlung der Expertenkommission „Kunst NRW“ und der Vorschlag der Regierungsfractionen umgesetzt, die eine Förderauszeichnung für nordrhein-westfälische Theater durch eine verstärkte Landesförderung eingefordert haben.

Unter dem Strich, meine Damen und Herren, sind das beeindruckende innovative Projekte im Kultursektor. Alle Versprechen bezüglich des Budgets wurden eingehalten und umgesetzt. Meine Damen und Herren, mit einem Kompliment an den zuständigen Kulturstaatssekretär kann man nur sagen: Die Kultur im Lande Nordrhein-Westfalen nimmt einen Spitzenplatz in Deutschland ein. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Krautscheid. Was unsere Krawatten angeht, Herr Minister, scheinen unsere Frauen einen vergleichbar guten Geschmack zu haben.

(Zuruf von Minister Andreas Krautscheid – Heiterkeit – Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Wir kommen jetzt zum

Teilbereich Staatskanzlei und Europa-Angelegenheiten

Die Debatte eröffnet der Abgeordnete Kuschke von der SPD-Fraktion.

Wolfram Kuschke (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich überlege gerade, ob es der Respekt vor dem Hohen Hause nicht hätte geboten

erscheinen lassen, die Krawatte noch mal zu wechseln.

(Heiterkeit von Minister Andreas Krautscheid)

Aber darüber diskutieren wir vielleicht nach Ende der Sitzung in einem anderen Rahmen.

Meine Damen und Herren, ich will eine Anmerkung zu einem Thema machen, das heute noch nicht zur Sprache gekommen ist, das aber gestern die Öffentlichkeit sehr beschäftigt hat und im weitesten Sinne auch zu dem Einzelplan gehört, über den wir beraten, nämlich zu dem Thema Ladenöffnungszeiten. Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf hinweisen, dass wir in den nächsten Tagen einen Bericht des Ministerpräsidenten dazu erwarten, welche Konsequenzen sich für das Land Nordrhein-Westfalen aus dem Urteil ergeben. Dieser Punkt darf nicht untergehen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, im Folgenden vier Punkte:

Erster Punkt. Wir haben im zuständigen Hauptausschuss fast so etwas wie eine Phantomdebatte in der Reihenfolge der Einzelpläne 01 und 02 erlebt; denn als wir in sehr zurückhaltender Form einzelne Punkte aus dem Einzelplan 01 angesprochen haben, wurde uns entgegengehalten, da müsse man auch sparen, weil in allen anderen Ressorts der Landesregierung auch gespart würde. Wenn man sich das dann einmal anschaut und ernsthaft auf diesen Hinweis eingeht, dann landet man beim Einzelplan 02 und stellt fest: Wir haben dort einen Zuwachs von 25 Stellen im höheren Dienst im Vergleich zu 2005. Herr Minister, wie kann denn angesichts eines solchen Zuwachses von Sparen gesprochen werden? Da entsteht doch nur der Eindruck, der nicht weggewiesen werden kann, dass es hier darum geht, sich gerade in den letzten Monaten vor der Landtagswahl im Mai zu wappnen. Stichworte wie Imagekampagne und vieles andere, was wir in den vergangenen Monaten diskutiert haben, gehören dazu.

Dazu gehört auch das – und das wird nachher noch einmal eine Rolle spielen –, was wir im Zusammenhang mit völlig unverständlichen, nicht nachvollziehbaren Ausgaben im Rahmen von Veranstaltungen auf dem Petersberg erlebt haben, die in einer Größenordnung dargestellt werden, die überhaupt nichts mit Einsparungen zu tun hat.

Zweiter Punkt. Ja, es geht in der Tat – und das ist ein Stichwort, das uns in den kommenden Monaten und Jahren beschäftigen wird – um die Europafähigkeit als Bestandteil der Regierungspolitik, der Politik des Landes Nordrhein-Westfalen. Hier sind wir ja Gott sei Dank am 2. Dezember – ich will es noch einmal erwähnen –, einen Tag nach dem 1. Dezember, in der glücklichen Situation, dass der Reformvertrag von Lissabon in Kraft getreten ist.

Dieser verlangt uns jetzt natürlich eine Antwort darauf ab, ob wir denn in diesem Reformprozess diejenigen sind, die die Dinge nach vorne bringen, also Vorreiter oder Getriebene sind.

Bei der Gelegenheit fordere ich noch einmal ein, was wir in den letzten Sitzungen im Hauptausschuss angesprochen haben: Wir brauchen aufgrund des Inkrafttretens des Reformvertrages eindeutige Absprachen zwischen Landesregierung und Parlament, was die Information und Beteiligung dieses Hohen Hauses anbelangt.

Dieser Punkt war in der freiwilligen Vereinbarung extra außen vor gelassen worden, er muss jetzt angegangen werden. Dazu gehört auch, Herr Minister, dass wir in den nächsten Tagen eine Antwort darauf erwarten, wie sich die Landesregierung eigentlich den Prozess der Subsidiaritätskontrolle vorstellt. Wie weit sind die Absprachen innerhalb der Regierung, die Absprachen mit den anderen Ressorts gelaufen? Welche Konturen können wir dort erkennen? Wie können wir uns als Parlament darauf einstellen?

Der dritte Punkt hat mit der Zukunft der europäischen Regionalpolitik zu tun. Da sind die Fragen im Zusammenhang mit der Kohäsionspolitik konkret angesprochen. Wie soll es mit den EU-Strukturfonds weitergehen? Ich habe von Ihnen bei einer Reihe von Veranstaltungen gehört, dass es dort Vorarbeiten, Aktivitäten der Landesregierung gibt. Ich sage an dieser Stelle eindeutig: Wir unterstützen Sie dabei. Das ist aber noch ein schwieriges, vermintes Feld. Ich will nur ganz wenige Stichworte sagen, die für uns Leitplanken sind. Wir gehen davon aus, dass wir eine europäische Regionalpolitik über die Strukturfonds erwarten können und auch müssen, die sich quantitativ und qualitativ so darstellt wie in der Förderperiode, in der wir uns jetzt befinden.

Im Berliner Koalitionsvertrag steht dazu eine Aussage, die noch auf ihre Belastbarkeit hin geprüft werden muss, wie sich Wirtschaftsminister, Finanzminister und insbesondere die Kanzlerin dazu verhalten. Ich habe gehört, was die Abstimmung der Bundesländer anbelangt, dass wir dort auf einem ganz guten Wege sind. Das muss in den nächsten Monaten absoluten Vorrang haben. Wir erwarten natürlich auch eine abgestimmte Position innerhalb der Landesregierung. Möglicherweise gibt es da auch noch Unterschiede zur Kollegin Wirtschaftsministerin und anderen Ressorts. Hier brauchen wir ein eindeutiges Vorgehen.

Vierte Anmerkung. Herr Minister, ich habe es erst vor wenigen Tagen bei einer Veranstaltung der Europa Union erlebt, dass Sie das europäische Gesellschaftsmodell – das will ich hier gerne einräumen – zu Recht und auch gut begründet dargestellt haben. Das ist in der Tat etwas, was eine historische Leistung Europas ist und was sehr eng verbunden ist mit einer Tradition öffentlicher Da-

seinsvorsorge. Da warten wir noch auf die Nagelprobe zwischen Ihren Auffassungen, die Sie ja auch in einer Publikation dargelegt haben, und beispielsweise dem Verhalten der FDP-Fraktion.

(Beifall von Svenja Schulze [SPD])

Wir haben in wichtigen Politikbereichen – ich will nur drei nennen: Sparkassengesetz, Wasserverbändegesetz, Abfallwirtschaftsplan – eben nicht erleben können, dass diese Landesregierung in Gänze das Prinzip der öffentlichen Daseinsvorsorge ernst nimmt, bereit ist, es in Europa, Brüssel und Straßburg offensiv zu verteidigen, und in Nordrhein-Westfalen, in Düsseldorf eine Politik macht, die nicht kontraproduktiv zu den Bemühungen um Daseinsvorsorge vor Ort in den Kommunen und Regionen ist.

Der fünfte und letzte Punkt bezieht sich auf das Stichwort Europafähigkeit als Leitfaden der Europapolitik der Landesregierung. Hier ist zu erwähnen, dass wir im Augenblick einen einzigartigen europäischen Weg gehen, für den es in der Geschichte kein Vorbild gibt. Aber für diesen Weg gilt für uns eindeutig als Prämisse, dass die Aussagen, die wirtschaftliche Integration Europas sei möglich und hinreichend, weiterreichende soziale und politische Integration sei überflüssig und sogar schädlich, nicht hinzunehmen sind.

Für uns ist dieser europäische Weg unabdingbar verbunden mit einer Vision eines sozialen Europas. Soziale Solidarität ist ein unverzichtbarer Wert, genau wie Freiheit und Gleichheit. Das bedeutet auch, dass wir das den Bürgerinnen und Bürgern, den Menschen darstellen, dass wir mit der sozialen Solidarität, mit ökologischen Themen wie Verhinderung der Klimakatastrophe, aktivem Klimaschutz, mit aktivem Verbraucherschutz versuchen, die Menschen in diesem Lande emotional anzusprechen und für Europa zu gewinnen. Dann sind wir auf einem richtigen, auf einem guten Weg. Das sind Schwerpunkte, in denen wir ein eindeutiges Handeln der Regierung, ein europäisches Regierungshandeln erwarten. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Kuschke. – Jetzt hat für die CDU Frau von Boeselager das Wort.

Ilka von Boeselager (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kuschke, ich bin doch erstaunt, dass Sie nicht rechnen können. Ich habe immer gedacht, Sie könnten das sehr gut. Nach dem jetzigen Haushaltsplan für 2010 bauen wir in der Staatskanzlei weitere sechs Stellen ab. Insgesamt haben wir seit 2005 schon 53 Stellen abgebaut. Wir haben in den

letzten Jahren genau das umgesetzt, was wir uns selbst vorgenommen haben.

Ich bin sehr stolz darauf, dass wir hier ganz neue Akzente setzen konnten und endlich unsere Ideen und Vorstellungen auf den Weg gebracht haben. Dazu gehören zum Beispiel – darüber haben Sie gerade gemäkelt – die Strukturfonds. Es ist eine besondere Herausforderung für uns gewesen, Klarheit in diese Systeme gebracht zu haben. Wir befinden uns im Wettbewerb um diese Mittel, und die Regionen treten in diesen Wettstreit ein. Wir sind sehr daran interessiert, langfristig neue Arbeitsplätze zu generieren und das Geld, das wir bekommen, optimal für dieses Land anzulegen. Insofern verstehe ich gar nicht, was Sie ständig zu kritisieren haben.

Wir haben dieses Provisorium in Brüssel, das jahrelang in der Diskussion war – ich erinnere mich sehr gut –, hin- und hergeschoben und nie zu einem guten Ende gebracht wurde, nun endlich hinter uns. Wir haben eine Niederlassung in Brüssel,

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP])

die von der Lage her für das große Land Nordrhein-Westfalen angemessen ist, mit hochqualifizierten Mitarbeitern, die nach einer gewissen Zeit wieder hierher, in unser Land, zurückkommen – auch das ist verändert worden –, damit wir von ihren Erfahrungen profitieren können.

Vizepräsident Edgar Moron: Frau von Boeselager, Herr Kuschke würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Ilka von Boeselager (CDU): Ja, das glaube ich ihm absolut. Aber darauf habe ich jetzt gar keine Lust. Ich weiß bereits, was er fragen will; ich kenne ihn ja schon ein paar Tage. Wir sind in einem ständigen Austausch. Er gliedert seine Rede immer in erstens, zweitens, drittens. Deshalb baue ich meine Rede auch mal so auf.

Erstens. Der gesamte Ausgabenansatz im Einzelplan 02 ist um rund 1,3 % auf etwa 307 Millionen € gestiegen – auch durch den kulturellen Bereich; das ist klar. Aber immerhin haben wir schon eine Menge dazulegen können. Eben hat Herr Keymis gesagt, 70 Millionen € wären gar nichts. Wenn man heutzutage so mit Millionen jongliert, ist das schwierig umzusetzen und der Bevölkerung klarzumachen.

Zweitens. Wir haben – das habe ich eben schon gesagt – beim Ministerpräsidenten weiter Stellen gestrichen. Das wird Ihnen auch unser zuständiger Minister Krautscheid bestimmt gleich noch mal deutlich sagen. Damit haben wir seit 2005 – ich wiederhole es noch mal – 53 Planstellen abgebaut, und wir wollen das fortsetzen.

Drittens. Sie haben auch kritisiert, Herr Kuschke, dass wir für unsere Zukunftskommission Geld aus-

gegeben haben. Es ist eine unserer vornehmsten Pflichten für die Zukunft, uns aufzustellen. Dafür ist es sehr wichtig, die besten Köpfe des Landes dazuzuholen, um der Politik Ideen und Gedanken nahezubringen. Das haben wir gemacht.

Das gibt es natürlich nicht zum Nulltarif. Zu Zeiten von Johannes Rau wurde noch viel mehr Geld für Öffentlichkeitsarbeit ausgegeben. Insofern ist das gut angelegtes Geld. Die Anregungen der Zukunftskommission muss man nachher auch weiter nach vorne bringen und umsetzen; sie sprechen für sich.

So haben wir die Petersberger Convention sowie diese Campus-Veranstaltung in der jetzigen Form durchgeführt. Das war hochinteressant und spannend für unser Land, und es ist auch richtig, das in Zukunft weiterzumachen.

Gleiches gilt natürlich auch für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Auch da haben Sie immer von uns verlangt, alles offenzulegen. Wir haben uns nicht geweigert, genau zu sagen, welche Gutachter wir holen, was gemacht wird und welche Öffentlichkeitsarbeit wir betreiben.

(Wolfram Kuschke [SPD]: Tun Sie nicht! Nur, wenn Sie über eine Große Anfrage dazu gezwungen werden! Sie haben den Transparenzbericht abgelehnt!)

– Och. Haben Sie einen bekommen oder nicht?

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Eine Große Anfrage ist etwas anderes als ein Transparenzbericht – Heiterkeit)

– Ja, natürlich, Frau Löhrmann, das weiß ich auch. – Haben Sie alle Ihre Informationen bekommen, oder haben Sie sie nicht bekommen?

(Wolfram Kuschke [SPD]: Nein!)

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Kollegin, fahren Sie mit Ihrer Rede fort.

Ilka von Boeselager (CDU): Man kann es der Opposition nicht recht machen, das ist selbstverständlich klar. Sonst hätte man gar nichts mehr zu tun, dann wäre das viel zu einfach.

Was die Europaschulen anbetrifft, konnten wir das verwirklichen, was wir damals aus der Opposition heraus immer gefordert haben, nämlich hier im Land die Europaschulen zu stärken. Mittlerweile haben wir 100 Europaschulen in unserem Land, und vor kurzem wurden etliche ausgezeichnet. Ich finde, es ist für die Förderung der jungen Menschen wichtig, dass sie sich europäisch ausrichten, bei den unterschiedlichsten Treffen Erfahrungen sammeln und mehrsprachig aufwachsen. Das ist für die Zukunft sehr wichtig.

Wir haben gerade die Benelux-Zusammenarbeit gestärkt. Es ist für uns als Wirtschaftsstandort von

großer Bedeutung, sich hier nachbarschaftlich auszutauschen, um unsere Wünsche, Vorstellungen und Ziele gemeinsam in Brüssel nach vorne zu bringen. Der Ministerpräsident kann stolz sein, dass ihm das so gelungen ist. Wir haben im nächsten Jahr einen regen Austausch mit Polen. Das ist für uns sehr interessant. Darüber werden wir bestimmt noch eine Menge reden können.

In diesem Jahr war das Frankreich-Jahr. In diesem Rahmen haben viele junge Menschen Erfahrungen in Frankreich sammeln können. Es liegt uns sehr daran, die deutsch-französische Freundschaft als Land Nordrhein-Westfalen weiter auszubauen. Dass wir hier natürlich auch Mittel für das Jugendprogramm zur Verfügung gestellt haben, spricht für sich selbst.

Wir wollen auch den Austausch mit Amerika weiter nach vorne bringen. Es liegt ebenfalls in unserer Verantwortung, dass wir uns über die europäischen Grenzen hinweg austauschen.

Daher ist dieser Haushalt zumindest aus unserer Sicht, aus Sicht von CDU und FDP, gelungen. Wir sind froh, dass wir ihn so auf den Weg bringen können. – Danke.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin von Boeselager. – Für die FDP-Fraktion erhält jetzt der Abgeordnete Brockes das Wort.

Dietmar Brockes¹⁾ (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Kuschke, die gestrige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen wird mit Sicherheit morgen bei den Haushaltsberatungen zum Bereich Wirtschaft noch thematisiert werden. Dorthin gehört dieses Thema auch.

Lassen Sie mich jedoch noch eine Anmerkung dazu machen. Wenn Sie das Urteil in Gänze gelesen hätten, wüssten Sie, dass die vom Bundesverfassungsgericht beklagten Regelungen auf Nordrhein-Westfalen nicht zutreffen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie scheinen sich ja sehr sicher zu sein!)

Das sind eben die Sonderregelungen, die Ihre Regierung aus SPD und PDS in Berlin verabschiedet hat. Genau die in unserem Gesetz enthaltenen Punkte – sprich: der Sonn- und Feiertagsschutz mit der Möglichkeit einer Abweichung nur im begründeten Einzelfall – werden vom Bundesverfassungsgericht unterstützt. Wenn es von bis zu acht verkaufsoffenen Sonntagen spricht, liegen wir mit den vier verkaufsoffenen Sonntagen in Nordrhein-Westfalen absolut im Soll.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in der Hauptsache hier aber auf den Bereich Europa ein-

gehen. 2009 ist ein wirklich wichtiges Jahr für Europa. Es wurden wesentliche Weichenstellungen getroffen – gerade auch hin zu einem Europa der Bürgerinnen und Bürger. Das ist das Europa, das wir uns als Liberale vorstellen.

Wir hatten die Europawahl, die aus meiner Sicht sehr erfolgreich verlaufen ist, weil insbesondere die Liberalen gestärkt wurden. So hat sich die FDP-Gruppe innerhalb der ALDE-Fraktion im Europäischen Parlament fast verdoppelt.

Wir haben endlich – endlich; da sind wir ja auch einer Meinung – den Vertrag von Lissabon ratifiziert; seit gestern ist er in Kraft. Gott sei Dank haben wir diesen von uns allen gewünschten Schritt nun endlich bewerkstelligt, der das Europaparlament deutlich stärkt, aber genauso auch die anderen Parlamente, den Deutschen Bundestag und die Länderparlamente. Auch wir werden dadurch also deutlich gestärkt. Ich halte das für einen wichtigen Schritt, der für die Politik in den nächsten Jahren in Europa ganz wesentlich ist.

Außerdem hatten wir eine wichtige Bundestagswahl. Auch dies ist gerade unter dem Gesichtspunkt der Europapolitik von besonderer Bedeutung; denn nun haben wir endlich eine neue Außenpolitik, die sich nicht mehr nur auf die anderen großen europäischen Länder richtet. Jetzt wird wieder eine Europapolitik aus einem Guss gemacht, die auch die kleineren und mittleren Staaten mit berücksichtigt. Das ist gerade für Nordrhein-Westfalen wichtig. Ich erinnere nur daran, welchen engen Schulterschluss wir insbesondere mit den Beneluxstaaten vollziehen wollen, aber auch daran, dass unsere freundschaftlichen und guten Beziehungen zu Polen schon in den ersten Tagen durch Außenminister Westerwelle deutlich gestärkt wurden.

Eine ebenso wichtige Entscheidung für die nächsten Jahre ist, dass wir jetzt eine neue EU-Kommission zusammengestellt bekommen haben. Herr Barroso hat es hier geschafft, 27 Puzzlestücke zusammenzufügen. Ich freue mich natürlich, dass mit acht liberalen Kommissarinnen und Kommissaren gerade der Liberalismus in Europa gestärkt wurde. Herr Kollege Kuschke, insofern bin ich mir auch sicher, dass die EU dafür sorgen wird, dass weitere Formen der Staatswirtschaft, die Sie ja erhalten wollen, schützen wollen und sogar ausweiten wollen, in dieser Europäischen Union mit Sicherheit nicht eingeführt werden.

Wichtig für Nordrhein-Westfalen war auch, dass der deutsche Kommissar, Herr Oettinger, die Zuständigkeit für den Bereich Energie bekommen hat. Für uns wird es auch wichtig sein, dort gute Kontakte zu knüpfen; denn in seiner Arbeitsbeschreibung steht als ein Punkt, dass der Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen vertieft werden soll. Das wird die Grünen sicherlich freuen, ist für Nordrhein-Westfalen aber natürlich ein immenses Problem.

(Wolfram Kuschke [SPD]: Ach!)

Denken Sie nur an die Braunkohle, die hier subventionsfrei zum Einsatz kommt. Wir hoffen natürlich, dass die Regierung die guten Kontakte aus der Vergangenheit zum neuen Kommissar entsprechend nutzen wird.

Meine Damen und Herren, alles das sind wichtige Grundlagen, auf denen in den nächsten Jahren wichtige Entscheidungen getroffen werden. Wir haben wichtige Themen auf der Agenda stehen – beispielsweise das europäische Finanzsystem. Hier müssen wichtige Weichenstellungen erfolgen, damit eine solche Finanzkrise, wie wir sie jetzt erlebt haben, uns nicht noch einmal ereilt.

Außerdem werden wichtige Entscheidungen getroffen, was die Strukturpolitik nach 2013 angeht. Auch dies ist natürlich von enormer Bedeutung für Nordrhein-Westfalen. In der nächsten Zeit sind auch Fragen des Urheberrechts oder der Ausbau des Breitbands zu klären. All das sind wichtige Entscheidungen gerade für Nordrhein-Westfalen.

Insofern sind wir natürlich froh, dass nun endlich auch Nordrhein-Westfalen in Brüssel gut aufgestellt ist. Die Kollegin von Boeselager hat es eben auch schon gesagt: Mit der Landesvertretung haben wir eine Präsenz in Brüssel, die unserem Bundesland gerecht wird. Die Aufgabe, an der in der Vergangenheit mein Vorredner und auch die Kollegin Kraft gescheitert sind, haben wir als Regierungskoalition jetzt gelöst.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich als letzten Punkt zwei Bereiche nennen, über die ich mich besonders freue. Das ist zum einen die Europafähigkeit der Schulen. Hier sind wir jetzt so weit, dass schon 100 Schulen in Nordrhein-Westfalen als Europaschulen zertifiziert wurden. Damit schaffen wir eine breite Grundlage für das Europabewusstsein in den Köpfen unserer Jüngsten, und damit sorgen wir auch für eine deutlich positivere Einstellung gegenüber der Europäischen Union, als dies in weiten Teilen der Bevölkerung zurzeit gegeben ist.

Zum anderen denke ich, dass die Euregio eine ganz wichtige Rolle in der Europapolitik spielt; diese wollen wir auch weiterhin stärken. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wollen wir vertiefen, ebenso wie die Partnerschaft mit der Benelux-Union.

Das sind wesentliche Schritte, die mit diesem Haushalt entsprechend unterstützt werden. Daher stimmen wir gerne zu.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhält Frau Kollegin Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss ehrlich sagen: Herr Brockes, ich habe Ihren Beitrag mit wenig landespolitischen Anteilen nicht so richtig verstanden. – Ich könnte jetzt auch sagen, wie sehr wir uns über das beste grüne Europawahlergebnis, das wir jemals hatten, freuen. Wir lagen vor der FDP.

Ich kann auch sagen – das werde ich jetzt aber nicht ausführlich tun –, dass es natürlich hinsichtlich der europapolitischen Fragen vom Grundsatz her einen größeren Konsens in diesem Hause gibt als bei anderen politischen Fragen und dass es jetzt nach Unterzeichnung des Lissabon-Vertrages darauf ankommt, auszuloten, wie Regierung und Parlament gemeinsam europapolitische Fragen angehen. Das haben wir im Hauptausschuss konstruktiv diskutiert.

Der Europa-Haushalt beinhaltet im Wesentlichen eine Fortschreibung der Politik der letzten Jahre. Also, im Großen und Ganzen kann ich sagen, dass mit Blick auf Europa großer Konsens gegeben ist und dass weitestgehend alles im Lot ist. Wir streiten uns dann bei anderen Fragen, Herr Brockes. Wenn Sie jetzt sagen: „Oh Gott, oh Gott, da werden die Erneuerbaren in Europa ausgebaut“,

(Dietmar Brockes [FDP]: Das habe ich nicht gesagt!)

dann sage ich Ihnen – Sie haben gesagt, dass Sie Sorge davor haben, was die Zielsetzung der EU für Nordrhein-Westfalen bedeutet –: Ich habe Sorge, weil Sie immer noch nicht verstanden haben, dass es in einer zukunftsbezogenen Politik darauf ankommt, Energiepolitik, Wirtschaftspolitik und Umweltpolitik zusammenzubringen und zusammen auszugestalten, weil nur das zukunftsfähig ist. So weit zu dieser Fragestellung.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, ich wundere mich über die bisherigen Debattenbeiträge auch insofern ein bisschen, als es schließlich um den Haushalt des Ministerpräsidenten und damit auch darum geht, wie sich der Ministerpräsident gegenüber der Bundesregierung aufstellt. Wie hat sich Jürgen Rüttgers als Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen in den letzten Monaten gegenüber der Bundesregierung aufgestellt?

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Christian Weisbrich [CDU]: Ganz stark!)

Da will ich ihn vergleichen. Ich zitiere: Ihr habt sie doch nicht alle! – Das sage nicht ich, sondern das hat Ministerpräsident Carstensen gesagt, und er hat damit deutlich gemacht, dass das, was in Berlin im Koalitionsvertrag an Steuersenkungen verabredet ist, für sein Bundesland schädlich ist. In dieser Frage habe ich von unserem Ministerpräsidenten leider nicht gehört, dass er sich zum Sachwalter des Landes und zum Sachwalter der Kommunen gemacht

und gesagt hätte: Moment mal! Einspruch, Euer Ehren! – Nein, das hat Jürgen Rüttgers leider nicht getan. Vielmehr ist er unter der Tür durchgekrochen und hat im Grunde gesagt: Nehmt uns ruhig noch ein bisschen mehr weg. Hauptsache, wir haben Ruhe bis zum 9. Mai nächsten Jahres. – So hat sich Jürgen Rüttgers gegenüber der Bundesregierung aufgestellt, nicht aber als Sachwalter des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Im Grunde können wir doch gar keine Haushaltsdiskussion der Facheile führen. Dieser Haushalt, den Sie heute und morgen beschließen werden, ist doch angesichts der Steuerausfälle, die wir in den nächsten Jahren zu erwarten haben, Makulatur. Ich finde es skandalös, wie sich der Ministerpräsident hier verhalten hat. Andere Ministerpräsidenten – wie der Erste Bürgermeister von Hamburg – haben sich anders verhalten. Beispielsweise hat Frau Lieberknecht gesagt:

Deshalb gebietet es die Verantwortung für das Land und den Haushalt, dass wir dem nicht zustimmen können.

So haben sich andere Ministerpräsidenten oder Ministerpräsidentinnen aufgestellt. Und Nordrhein-Westfalen? – Fehlanzeige.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn man sich den Haushalt des Einzelplans 02 jetzt genauer anguckt, dann stellt man fest, dass dieser im Vergleich zum Vorjahr relativ unspektakulär ist. Sicher, es gibt einige Ungereimtheiten wie die Verdoppelung der globalen Minderausgabe oder die 10-%-ige Steigerung der Personalmittel im Angestelltenbereich. Aber ansonsten werden die Titel überrollt.

Ich möchte in dieser Debatte heute – es ist schließlich der letzte Haushalt in dieser Legislaturperiode, den die amtierende Regierung vorlegt – eine Rückschau auf die Entwicklung der letzten Jahre halten – auf die Entwicklung im Haushalt der Staatskanzlei und was diese Staatskanzlei und der Ministerpräsident aus den Mitteln gemacht haben, die ihnen das Parlament zur Verfügung gestellt hat.

Wenn man den Vergleich zieht – Frau von Boeselager, so einfach, wie Sie es vergleichen, kann man es sich nicht machen –, dann fällt einiges auf.

Erstes Beispiel: die Personalausgaben der Staatskanzlei. Hier sind die Personalausgaben für Beamtinnen und Beamte seit Ihrer Regierungsübernahme kontinuierlich gestiegen, und zwar um satte 20 %.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dazu kam es vor allem deshalb, weil im Hause Rüttgers inzwischen fast nur noch Häuptlinge und immer weniger Indianerinnen und Indianer arbeiten. In dem Bereich haben Sie satt zugelegt. Und darüber, inwieweit diese Häuptlinge das Interesse des

Landes oder anderes im Auge haben, haben wir an dieser Stelle und auch an anderer Stelle ausführlich diskutiert. Ich sage nur: Imagekampagne! Imagekampagne! Imagekampagne!

(Beifall von den GRÜNEN)

Diese haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Staatskanzlei offensichtlich sehr stark betrieben. Es scheint ja doch sehr schwer zu sein, die Politik von Jürgen Rüttgers zu verkaufen.

Wir erfahren dieser Tage, dass sich das Karussell im Bereich der Regierungspressexperten wieder mächtig dreht. Ich will das noch einmal in Erinnerung rufen:

Regierungssprecher Nummer eins: Herr Kemper bis zum September 2006. Regierungssprecher Nummer zwei: Herr Krautscheid. Anschließend: Hans-Dieter Wichter. Jetzt erfahren wir, dass es da wohl auch nicht so gut geklappt hat.

Dann schauen wir uns einmal die Chefs vom Dienst an. Norbert Neß bis 12/2006. Danach Matthias Kopp bis 12/2008. Anschließend Niklas Reinke bis 12/2009. Jetzt lesen wir in der Zeitung, dass nun Herr Breuer Frau Sommer im Regen stehen lässt und jetzt lieber in die Staatskanzlei soll.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zur Erinnerung die Sprecher von Ministerin Sommer: Oliver Mohr bis 2005. Dann kam Herr Priboschek. Das war der, der dieses Kinderforum so schön organisiert und das mit dem Abitur immer so super verkauft hat. Dann kam Thomas Breuer. Es wurde etwas ruhiger um Frau Sommer. Jetzt muss Thomas Breuer in die Staatskanzlei.

Das lässt für den Wahlkampf, der vor uns liegt, nichts Gutes ahnen, meine Damen und Herren.

(Christian Weisbrich [CDU]: Da haben Sie Angst!)

Offenbar hat die Regierung Rüttgers aus den Fehlern im Kontext der E-Mail-Affäre zwischen Berger und der CDU-Zentrale nichts gelernt. Oder Sie haben sich gedacht: Wir holen die lieber ins Haus, dann brauchen wir nicht so viele E-Mails zu schreiben; dann kann niemand etwas herausfinden und in der Öffentlichkeit für unangenehme Diskussionen sorgen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das hat alles mit der Politik und der Arbeit in der Staatskanzlei zu tun.

In der CDU-Regierungszentrale geht es offensichtlich auch drunter und drüber. „Wüstes Land“ kann man da nur sagen. Was hören wir im Moment von diesem ganzen Theater um Herrn Wüst? Was hören wir da vom Chef, vom Möchtegern-Arbeiterführer? Wir hören nichts dazu.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Für diesen Generalsekretär ist der Ministerpräsident, ist Jürgen Rüttgers verantwortlich.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das ist aber platt!)

– Nein, das ist überhaupt nicht platt, das ist die Wahrheit. Die Menschen diskutieren darüber und fragen sich, wieso sich jemand, der als Law-and-Order-Mensch auftritt und dem an Strafen nichts schlimm genug sein kann, bestimmte Verfehlungen leisten kann und in diesem Fall nicht an seinen eigenen Ansprüchen gemessen wird. Darum geht es, Herr Kollege.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das hat mit „platt“ nichts zu tun, sondern hat damit zu tun, dass Menschen mit zweierlei Maß messen.

Ich will ein weiteres Beispiel der Haushaltsführung im Einzelplan 02 nennen. Die Regierung lässt sich beraten. Auch da steigen bestimmte Kosten exorbitant. Die werden für Repräsentation ausgegeben, die werden für Riesen-Beratungssummen ausgegeben. Ich muss nur feststellen, dass diese Regierung offenbar Beratungsbedarf nötig hat. Aber bestimmte Fragen – die zentralen Fragen, um die es in Nordrhein-Westfalen gehen würde, etwa die Zukunft des Schulsystems – werden aus einer solchen Zukunftskommission ausgeklammert, die dürfen überhaupt nicht diskutiert und besprochen werden. Ich finde, das ist ein Armutszeugnis für eine Regierung und insofern nicht vernünftig.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Zusammenfassung zur Arbeit der Staatskanzlei: viele Kosten, wenig Vernünftiges. Das kann ich auch so zusammenfassen: Statt „Titel, Thesen, Temperamente“ – Preise, Pomp und Propaganda.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich will ähnlich wie Herr Kuschke auf einen aktuellen Punkt eingehen, nämlich auf das Karlsruher Urteil zum Verkauf an Sonntagen. Ich wundere mich, dass Sie dieses Urteil gestern alle so gelobt und gepriesen haben. Das haben wir auch getan. Denn erfreulicherweise hat sich das Gericht gegen die Durchökonomisierung weiter Bereiche gerichtet und deutlich macht, dass nicht überall sozusagen immer Remmidemmi sein soll. Das ist nämlich im Grunde auch ein Urteil gegen Videothekenöffnung am Sonntag, Waschanlagen am Sonntag, alles am Sonntag immer zu öffnen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist insofern auch ein Urteil, das sich gegen diese marktradikale Politik richtet. Wir sind gespannt, welche Konsequenzen die Landesregierung aus diesem Urteil zieht. Wenn Sie keine ziehen – wir Grüne werden an diesem Thema dran bleiben und Sie damit konfrontieren. Wir betrachten dieses Urteil als ein wertorientiertes Urteil. Deswegen freuen wir uns zu dieser Frage auf die weiteren Diskussionen.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Diesen Haushalt – darüber werden Sie sich nach meinem Debattenbeitrag nicht wundern – werden wir natürlich aus voller Überzeugung ablehnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Löhrmann. – Jetzt hat Herr Minister Krautscheid für die Landesregierung das Wort.

Andreas Krautscheid, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde erst einige Anmerkungen zum Haushalt der Staatskanzlei machen und dann auf das Thema Europa und Internationales eingehen.

Frau Löhrmann, ich würde gerne auf Ihre Anmerkung eingehen, was die Möglichkeiten und die Aktivitäten in puncto Einflussnahme der Landesregierung in Berlin in den letzten Monaten angeht. Ich hätte mir an Ihrer Stelle ein passenderes oder vielleicht auch intelligenteres Beispiel gesucht. Ich glaube, ich kann das sehr gut einschätzen.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

– Sie sagen, andere Ministerpräsidenten schießen mehr quer oder meckern.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Die vertreten die Interessen ihres Landes!)

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich die letzten drei, vier Monate ansehen, die Verhandlungen zum Konjunkturpaket II, die Verhandlungen zu GM und Opel, die Verhandlungen zur Konsolidierung der Landesbanken, das Thema Neubildung der Regierung, Koalitionsverhandlungen und Zukunftspakt:

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

Keine andere Landesregierung ist so präsent in Berlin, kein anderer Ministerpräsident nimmt dermaßen erfolgreich Einfluss für sein Bundesland!

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wer ein bisschen die Presse verfolgt, der weiß, wie Jürgen Rüttgers im Moment

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Er war der Bettvorleger von Frau Merkel!)

Einfluss für Nordrhein-Westfalen in der Personal- und Sachpolitik nimmt.

(Beifall von CDU und FDP)

Deswegen muss man jetzt – leider – zu später Stunde noch einmal darauf hinweisen: Aus Sicht der Opposition ist es legitim, sich ein Einzelement

aus dem Haushalt herauszupicken und zu sagen: Oh, das ist aber teuer geworden die letzten Jahre.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: 800 Millionen € ist doch kein Einzelement!)

Wer ein wenig Zahlen zusammenrechnen kann, der merkt sehr schnell, Herr Rimmel, dass das ganze Kartenhaus zusammenfällt.

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

Man kann sich natürlich einzelne Elemente herausnehmen. Aber wenn Sie unter dem Strich sehen: seit 2005 per Saldo Personalabbau in der Staatskanzlei, 53 Planstellen und Stellen minus, bis 2015 weitere 48 Planstellen und Stellen minus. Meine Damen und Herren, diese Regierung – nennen Sie uns gerne ein anderes Beispiel – hat dann seit ihrer Regierungsübernahme 2005 die Staatskanzlei um fast 10 % verkleinert.

(Beifall von Christian Weisbrich [CDU])

Das ist vorbildlich, und das kann man in Zahlen nachlesen.

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

Wer andere Zahlen nachlesen will, der braucht sich gar nicht auf den Personalhaushalt zu stürzen, sondern kann sich zum Beispiel auf den Sachhaushalt stürzen. Auch hier sind die Haushaltsvolumina eindeutig an den Zahlen ablesbar. Von 2009 auf 2010 gibt es bei der Staatskanzlei einen Aufwuchs von 3,9 Millionen €.

(Zuruf von Wolfram Kuschke [SPD])

Woran liegt das? In diesem Plus von 3,9 Millionen € sind 13,2 Millionen € Aufwuchs für den Kulturretat enthalten, den wir eben alle begrüßt haben. Wenn Sie diesen Kulturaufwuchs abziehen, bleibt für den Rest der Staatskanzlei eine massive Kürzung von 9,3 Millionen € gegenüber 2009. Das sind die nackten Zahlen. Das ist die Wahrheit. Auch in der Staatskanzlei wird massiv gespart.

Meine Damen und Herren, wenn Sie die Zahlen des Ministerpräsidenten etwas genauer betrachten, sieht man – Stichwort: Imagekampagne und anderes –, wie die Kartenhäuser in sich zusammenfallen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Überhaupt nicht! Es wird immer schlimmer!)

Sehen Sie auf die operativen Mittel des Ministerpräsidenten, Kapitel 02 010: Sie werden nicht nur in Gänze überrollt, sondern bei den Ansätzen für wissenschaftliche Beratung, Titelgruppe 60, sogar um ein Drittel gekürzt.

(Wolfram Kuschke [SPD]: Die haben Sie doch in den vorigen Jahren erhöht!)

Frau Löhrmann, Verfügungsmittel des Ministerpräsidenten – ich kann alles einzeln durchdeklinieren –:

(Carina Gödecke [SPD]: Lesen Sie doch mal Ihren eigenen Erläuterungsband! Lächerlich! Sie verscheißern uns gerade!)

150.000 €. Meine Damen und Herren, passen Sie jetzt bitte auf: Dieser Ansatz ist seit 1989 nicht mehr verändert worden.

(Christian Weisbrich [CDU]: Hört, hört!)

Wer ein bisschen inflationsbereinigt rechnet, weiß: De facto ist dieser Etatposten gekürzt worden. Das ist in den letzten Jahren weniger geworden.

Oder nehmen Sie das Beispiel Öffentlichkeitsarbeit, weil Sie ja so gerne der Fama nachlaufen: Imagekampagne ist alles. – Vergessen Sie es, meine Damen und Herren. Die Zahlen sprechen einfach dagegen. Es kommt Ihnen so vor, aber Sie können es nicht belegen.

(Markus Töns [SPD]: Wir haben den Zahlen doch gar nicht widersprochen, Herr Minister!)

Nehmen Sie die Mittel für Öffentlichkeitsarbeit: 1,5 Millionen €. Das ist ein einfaches Rechenexempel. Sie kennen ungefähr die Bevölkerungszahl Nordrhein-Westfalens. Wir geben dafür 1,5 Millionen € aus. Bayern hat einen Ansatz von 3 Millionen € bei dem gleichen Posten, also das Doppelte.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Seehofer hat es noch nötig!)

Oder nehmen Sie die von Ihnen sehr geschätzte Landesregierung von Rheinland-Pfalz, dessen Bevölkerung etwa ein Viertel unserer Bevölkerung ausmacht. Rheinland-Pfalz gibt dafür 0,8 Millionen € aus, also die Hälfte unseres Betrages. – Also handelt es sich hier um absolut angemessene, sparsame Ansätze, die zum Teil seit Jahren nicht mehr erhöht worden sind.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn Sie jetzt noch einen Vergleich möchten, weil Sie sich darüber auch gerne aufregen:

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ich rege mich gar nicht auf!)

Repräsentationsmittel für die Darstellung der Regierungsarbeit im In- und Ausland. Der Ansatz für das nächste Jahr beträgt 1,5 Millionen €. Meine Damen und Herren, ein Ihnen nicht ganz unbekannter Ministerpräsident, Johannes Rau, hat Anfang der 90er-Jahre umgerechnet schon 1,3 Millionen € dafür ausgegeben. Wer hier von Verschwendung redet, weiß nicht, was er sagt.

Unter dem Strich nimmt der Haushalt der Staatskanzlei an allen Kürzungen und Einsparungen der anderen Budgets teil und erbringt nachweisbar seinen Sparbeitrag sowohl beim Personal als auch bei den Sachkosten. Deswegen steht er absolut in der Kontinuität der Vorgaben des Finanzministers.

Ich will gerne noch einige kurze Anmerkungen zum Thema Europa und Internationales machen. Eben ist schon erwähnt worden, dass es gut und richtig ist, dass wir diesen Bereich insgesamt ob seiner Wichtigkeit möglichst einvernehmlich und konsensual betreuen. Ich freue mich, dass wir auch im Bereich der europäischen Grundlagenzusammenarbeit unter den Fraktionen eine große Übereinstimmung haben.

Das betrifft zum Beispiel unsere Benelux-Kooperation. Nehmen Sie allein die letzten 48 Stunden: Die Gäste geben sich sozusagen die Klinke in die Hand. Wir hatten den Besuch des Generalsekretärs der Benelux-Union am Montag. Am Dienstag war der Ministerpräsident Ostbelgiens in der Staatskanzlei, um einen wichtigen Vertrag über die gegenseitige Anerkennung von Schulabschlüssen zu unterschreiben. Das ist also jeden Tag gelebte Praxis in unserer Benelux-Kooperation.

Wir wollen diese Schwerpunkte im Haushalt durch neue Ansätze verstärken, etwa die neuen europapolitischen Aktivitäten um 250.000 €. Gemeint sind insbesondere die verstärkten Aktivitäten unserer Europaschulen, auf die wir mehr als stolz sind. Wir wollen den jährlichen Jugendgipfel des Regionalen Weimarer Dreiecks im nächsten Jahr in Nordrhein-Westfalen durchführen und das auch aus dem Etat der Staatskanzlei fördern.

Wir wollen natürlich beim Gegenbesuch der französischen Schülerinnen und Schüler helfen. Sie erinnern sich: Im Nordrhein-Westfalen-Frankreich-Jahr waren im letzten Jahr fast 2.000 Schülerinnen und Schüler an einem Wochenende in Paris. Wir erwarten in wenigen Wochen den Gegenbesuch aus Frankreich. Wir werden alles dafür tun, dass die jungen Leute in Nordrhein-Westfalen ein großartiges Erlebnis haben werden.

Stichwort: Ein Erlebnis in Nordrhein-Westfalen. Wir planen für das nächste Jahr kleinere Besuchsprogramme für ausländische Gäste, oft im Zusammenhang mit RUHR.2010. Das betrifft zum Beispiel eine interessante Reisegruppe, die wir besonders intensiv betreuen werden: Wir werden wahrscheinlich die Richter des EuGH für ein Wochenende in Nordrhein-Westfalen begrüßen können und sie dann natürlich mit unseren Aktivitäten vertraut machen.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, Sie kennen die hervorragenden Aktivitäten des Nordrhein-Westfalen-Frankreich-Jahres. Im nächsten Jahr legen wir den Grundstein für das Nordrhein-Westfalen-Polen-Jahr 2011. Wir hoffen, dass wir damit ähnliche Erfolge erzielen können wie gegenüber Frankreich. Denn im zweiten Halbjahr 2011 wird Polen die europäische Ratspräsidentschaft haben. Wir glauben, dass wir mit einem Nordrhein-Westfalen-Polen-Jahr neue Akzente setzen können. Wir werden schon 2010 eine erste Auftaktveranstaltung machen.

Ich freue mich, dass Konsens darüber besteht, dass unsere Repräsentanzen in Berlin und insbesondere in Brüssel für die Europaarbeit wichtige Zuarbeit leisten. Ich richte meinen Dank an die Kolleginnen und Kollegen in den beiden Repräsentanzen. Das wollen wir im nächsten Jahr qualitativ weiter aufbauen.

Unter dem Strich, meine Damen und Herren, möchte ich sagen: Zu einem Zeitpunkt, zu dem Europa mit dem Vertrag von Lissabon in eine wichtige neue Phase eintritt, in dem sich für uns in Europa neue Chancen ergeben werden, ist Nordrhein-Westfalen im Herzen Europas bestens aufgestellt, im engsten Schulterschluss und befreundet mit seinen Nachbarn und mit besten Kontakten auch außerhalb der Europäischen Union. Dafür bietet dieser Haushalt auch im nächsten Jahr eine gute Grundlage. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Krautscheid. – Für die SPD-Fraktion hat noch einmal der Abgeordnete Töns ums Wort gebeten.

Markus Töns (SPD): Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Es ist schon abenteuerlich zu sehen, wie der Minister Rauchbomben wirft

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Ich habe gar nichts gesehen!)

und dabei gerne zu vertuschen versucht, was in diesem Haushalt eigentlich passiert. Ich will nur zwei Anmerkungen machen, Herr Minister, die nach meiner Überzeugung wichtig sind.

Der Stellenaufwuchs um 25 Stellen im höheren Dienst in Verbindung mit dem Wechsel des Regierungssprechers ist schon etwas abenteuerlich.

(Zuruf)

– Das ist ein Wechsel. Ich rede nicht von der Stelle, sondern ich rede davon, dass Sie diesen Regierungssprecher herübergeholt haben und dass Sie damit versuchen, Ihre Staatskanzlei zu einer Stelle ausbauen, die für den kommenden Wahlkampf ganz klar und deutlich Projekte plant. Ich würde an Ihrer Stelle sehr vorsichtig mit dieser Maßnahme umgehen.

Ich habe nicht viel Zeit und komme deshalb nur kurz zu einem zweiten Punkt: Wir haben Sie im Ausschuss mit einem Kürzungsantrag im Bereich der Petersberger Convention konfrontiert und Sie um eine Kürzung des entsprechenden Ansatzes gebeten. Es heißt dort ja: „Für wissenschaftliche Beratung und Gewinnung von Planungs- und Entscheidungshilfen“ und dazu „Fachkongresse und Symposien“. Wenn Sie diese Veranstaltungen nun unbedingt durchführen müssen, ist für uns immer

noch fraglich, ob dafür 800.000 € im Jahr erforderlich sind. Das ist schon eine abenteuerliche Summe in diesem Haushalt.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

In diesem Jahr betrug der Ansatz 540.000 € – dies nur zur Kenntnis, Herr Weisbrich –, und im nächsten Jahr wird es wahrscheinlich mehr kosten. Aber unabhängig von den Kosten ist es schon sehr abenteuerlich, diese Veranstaltung weniger als zwei Monate vor der Landtagswahl durchführen zu wollen. Wir werden zur dritten Lesung einen Haushaltsvermerk einbringen und Sie damit konfrontieren, um Ihnen klarzumachen, dass eine Landesregierung eine solche Veranstaltung wenn überhaupt, dann nur nach der Wahl durchführen kann. Es geht nämlich an dieser Stelle – das ist ähnlich wie bei der Zukunftskommission, Herr Minister – nur darum, das Image des Ministerpräsidenten aufzupolieren. Frau Löhrmann hat vollkommen recht: Er scheint es ja auch nötig zu haben.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Mit einer Campusveranstaltung und mit der Petersberger Convention macht man dann zwei Veranstaltungen, zu denen für viel Geld tausend Gäste eingeladen werden, und am Ende heißt es: Außer Spesen nichts gewesen – ähnlich wie bei der Zukunftskommission. Ich finde das schon abenteuerlich und gebe Ihnen einen guten Rat: Verzichten Sie darauf, auch für die Menschen in diesem Land. Solche Veranstaltungen machen zwei Monate vor der Wahl keinen Sinn. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Töns. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen jetzt nicht mehr vor; ich sehe auch keine. Damit kann ich die Debatte über den Einzelplan 02 schließen.

Wir stimmen jetzt ab, und zwar zuerst über die Änderungsanträge mit den laufenden Nummern 50 bis einschließlich 66 aus der uns vorliegenden Übersicht. Ich rufe zu jedem Antrag die antragstellende Fraktion und die Drucksachenummer auf.

Wir beginnen mit dem **SPD-Änderungsantrag Drucksache 14/10221**. Wer stimmt dem Antrag zu? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Ja, von Herrn Sagel. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/10262**. Wer ist für diesen Antrag? – Grüne und SPD. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Herr Sagel. Gleiches Abstimmungsergebnis, also **Ablehnung**.

Änderungsantrag der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10222**. Wer ist für diesen Antrag? – SPD und

Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. – Wer enthält sich? – Herr Sagel. Gleiches Ergebnis wie eben. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/10263**. Wer ist für den Antrag? – Grüne und SPD. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltung? – Herr Sagel. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10223**. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltung? – Herr Sagel. Auch dieser Antrag ist **abgelehnt**.

Änderungsantrag der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10224**. Wer ist für den Antrag? – SPD, Grüne und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/10261**. Wer ist dafür? – Grüne, SPD und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Änderungsantrag der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10225**. Wer ist dafür? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/10264**. Wer ist für diesen Antrag? – Grüne und SPD. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltung? – Herr Sagel. Dieser Antrag ist **abgelehnt**.

Änderungsantrag der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10226**. Wer ist für den Antrag? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen gibt es keine. **Abgelehnt**.

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/10265**. Wer ist dafür? – Grüne und SPD. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Herr Sagel. **Abgelehnt**.

Änderungsantrag der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10227**. Wer ist dafür? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. **Abgelehnt**.

Änderungsantrag der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10228**. Wer ist dafür? – SPD, Herr Sagel und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. **Abgelehnt**.

Änderungsantrag der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10229**. Wer ist dafür? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltung von Herrn Sagel. **Abgelehnt**.

Änderungsantrag der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10230**. Wer ist dafür? – SPD und Grüne. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltung? – Herr Sagel. **Abgelehnt**.

Änderungsantrag der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10231**. Wer ist dafür? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltung? – Herr Sagel. Auch dieser Antrag ist **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den letzten **Änderungsantrag**, den Antrag der Fraktion der SPD **Drucksache 14/10232**. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. **Abgelehnt**. – Damit haben wir über alle Anträge abgestimmt.

Jetzt müssen wir noch über die **Beschlussempfehlung** zum Einzelplan 02 **Drucksache 14/10202** abstimmen. Wer für diese Beschlussempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und der **Einzelplan 02 verabschiedet**. Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

Einzelplan 04 Justizministerium

Hierzu liegt die Beschlussempfehlung Drucksache 14/10204 vor. Außerdem gibt es Änderungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den Nummern 67 bis 70 der Tischvorlage.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die SPD-Fraktion dem Abgeordneten Sichau als erstem Redner das Wort.

Ich mache darauf aufmerksam, dass wir immer noch hinter der Zeit sind. Wir können also gemeinsam den nächsten Morgen erreichen, wenn es so weitergeht.

(Heiterkeit)

Bitte schön.

Frank Sichau (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist heute schon häufig gesagt worden, dass dies der letzte Haushalt dieser Wahlperiode ist. Ich erinnere an den Anfang und den Wahlkampf, als es hieß: Wir werden viel mehr für Richter, Staatsanwälte und den allgemeinen Vollzugsdienst tun. Wenn man heute zurückblickt, dann stellt man fest: Für Richter und Staatsanwälte ist weniger getan worden, und bei all dem, was den allgemeinen Vollzugsdienst in den Justizvollzugsanstalten betrifft, geht es letztlich nur darum, Personal für die